Nichtwähler in Deutschland

Manfred Güllner

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Berlin

Nichtwähler in Deutschland

Manfred Güllner

Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung,
herausgegeben von Dietmar Molthagen

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Berlin

forsa.

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 5

Problemstellung und Datengrundlage 8

1. Nichtwähler: Typen und Strukturen 16

2. Einstellungen zum politischen System 21

2.1 Zufriedenheit mit dem politischen System an sich und mit der Politik 21

2.2 Politik und Wahlen 29

2.3 Meinungen zur jetzigen Regierung und zur Opposition 34

2.4 Vertrauen in Institutionen 37

3. Interesse am politischen Geschehen und politisches und gesellschaftliches Engagement 39

3.1 Interesse an Politik 39

3.2 Persönliches Engagement 42

3.3 Ehrenamtliches Engagement 44

4. Mediennutzung 46

5. Wahrnehmung politischer Akteure 48
5.1 Bekanntheit von Mandatsträgern 48
5.2 Bekanntheit von Parteimitgliedern 50
5.3 Wahrnehmung des letzten Bundestagswahlkampfs 51
6. Wahlen 53
6.1 Interesse an Wahlen 53
6.2 Wahlbeteiligung bei vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen 55
6.3 Bekanntheit des Termins der Bundestagswahl 56
6.4 Wahlbereitschaft 58
6.5 Wahllokal 59
6.6 Wahlverfahren 60
7. Politische Prioritäten 62
8. Werte und Parteien 65
9. Politische Selbsteinschätzung 70
10. Wahlabstinenz: Ursachen und Gründe 72
11. Erhöhung der Wahlbereitschaft 77
12. Zusammenfassung und Fazit 83

Vorwort des Herausgebers

Wahlen sind der Kernbereich des demokratischen Staates. In Wahlen vergeben die Wählerinnen und Wähler als demokratischer Souverän für eine bestimmte Zeit die legislative und exekutive Gewalt für eine bestimmte Zeit. Neben anderen politischen Beteiligungsmöglichkeiten ist das Wählen damit der wichtigste politische Akt in einer Demokratie.

Entsprechend wichtig ist die Frage, was es für eine Demokratie bedeutet, wenn ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung sein Wahlrecht nicht ausübt. Dies ist in Deutschland der Fall, wo wir seit Jahrzehnten einen in der Tendenz kontinuierlichen Rückgang der Wahlbeteiligung erleben. Bei der Bundestagswahl 2009 blieb jeder dritte Wahlberechtigte der Wahl fern. Bei den jüngsten Landtagswahlen beteiligten sich zuletzt zwischen 47,7% (Sachsen-Anhalt 2011) und 62,7% (Rheinland-Pfalz 2011) der Wähler/innen und auf kommunaler Ebene geben in der Regel nur zwischen 35 und 45% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. In den Worten des politischen Feuilletons gewinnt damit die „Partei der Nichtwähler" die absolute Mehrheit.

In der Politikwissenschaft wird die Frage nach dem steigenden Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler unterschiedlich beantwortet. Es gibt die These, eine abnehmende Wahlbeteiligung sei in etablierten Demokratien normal und daher undramatisch. Dagegen spricht allerdings, dass in fast keiner anderen westeuropäischen Demokratie die Wahlbeteiligung so stark gesunken ist wie in Deutschland. Und in einigen Ländern wie Dänemark oder Schweden sind bei den vergangenen Wahlen sogar wieder mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gegangen.

Eine weitere These lautet, dass eine grundsätzliche Zufriedenheit mit der Politik im Speziellen und der Demokratie im Allgemeinen die Wähler/innen davon abhalte, zur Wahl zu gehen. Dagegen spricht jedoch die häufig geäußerte Kritik an der Politik und die in Umfragen gut belegte Unzufriedenheit eines großen Anteils der Bevölkerung mit der konkreten Politik in Deutschland (von der Friedrich-Ebert-Stiftung zuletzt erhoben in der Studie „Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012“).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist daher nicht der Meinung, eine niedrige Wahlbeteiligung sei kein Problem. Vielmehr sehen wir eine Gefährdung der Demokratie gegeben, wenn große Teile der Bevölkerung der Wahl fernbleiben und mit der Besetzung von Parlamentssitzen sowie der Bildung einer Regierung nichts zu tun haben wollen. Und für eine Institution, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet ist, stellt die Wahlenthaltung erst recht ein Problem dar. Schließlich geht es der Sozialen Demokratie gerade darum, niemanden zurückzulassen – weder ökonomisch noch politisch.

Gerade weil die Förderung von gleichberechtigter politischer Beteiligung – und damit die Förderung der Demokratie insgesamt – das zentrale Ziel der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, erfüllt uns der Trend zur Nichtwahl in Deutschland mit Sorge. Dieses Unbehagen war Ausgangspunkt der mit diesem Buch vorliegenden Studie zu Nichtwählern in Deutschland. Es sollte genauer erforscht werden, wer die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind, was sie politisch denken, wie zufrieden sie mit der Demokratie einerseits und mit der praktischen Politik andererseits sind und unter welchen Bedingungen sie sich vorstellen können, wieder zur Wahl zu gehen. Das Ziel dieser Untersuchung war es, die Gruppe der Nichtwähler genauer beschreiben zu können und dabei herauszufinden, ob die Wahlenthaltung ein Zeichen für Demokratiedistanz ist und ob wiederholte Nichtwahl gleichbedeutend ist mit steigender Politikverdrossenheit.

Die Ergebnisse der Studie, die das unabhängige Institut forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat, präsentieren wir in diesem Buch der interessierten Öffentlichkeit. Besonders wichtig war uns dabei der Umstand, dass das gewählte Forschungsdesign keine Momentaufnahme darstellt, sondern die Nichtwahl in einem längeren Zeitraum untersucht, was somit Rückschlüsse auf Entwicklungen im Verhältnis zum Wahlakt, zum politischen Prozess und letztlich zur Demokratie insgesamt zulässt.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen, dass es durchaus eine Gruppe von dauerhaften Nichtwähler/innen gibt, die erhebliche Politikdistanz und durchaus erkennbare Demokratiedistanz aufweisen. Dass sich diese „Dauer-Nichtwähler" überproportional stark unter Angehörigen der Gesellschaftsschichten mit niedrigerem Einkommen und kürzerer Bildungsbiografie finden, führt zu einer verstärkten Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden – kurz gesagt: Ein niedrige Wahlbeteiligung ist sozial ungerecht.

In der vorliegenden Erhebung stellen die „Dauer-Nichtwähler" aber bei weitem nicht die größte Gruppe der befragten Nichtwähler/innen. Interessant ist vielmehr, dass die große Mehrheit der Befragten politisches Interesse äußert und in den politischen Diskurs eingebunden ist. Viele Nichtwähler/innen verstehen sich als nach wie vor dem politischen Geschehen zugehörig. Sie sind somit gerade nicht dauerhaft politikfern, sondern vielmehr „Wähler im Wartestand". Sie sind für Parteien und Politiker/innen erreichbar und geben in dieser Befragung auch Auskunft darüber, welche Erwartungen sie an Politik haben.

Unverkennbar ist aber auch das hohe Maß an Unzufriedenheit mit der Politik, mit Politiker/innen und Parteien. Diese bestehende Unzufriedenheit gilt es erst zu nehmen, unabhängig von der Frage, ob man sie für berechtigt hält oder nicht. Dass Unzufriedenheit sich auch aus sozialer Unsicherheit bzw. Prekarisierungserfahrungen speist, gibt bereits einen Hinweis darauf, wie dieser Trend auch wieder gestoppt werden könnte.

Mit der vorliegenden Nichtwähler-Studie möchte die Friedrich Ebert Stiftung über ein wichtiges Phänomen der gegenwärtigen Demokratie in Deutschland informieren und zum Dialog anregen. Wir wünschen der Studie viele Leserinnen und Leser und eine breite Diskussion über mögliche Konsequenzen aus ihren Ergebnissen.

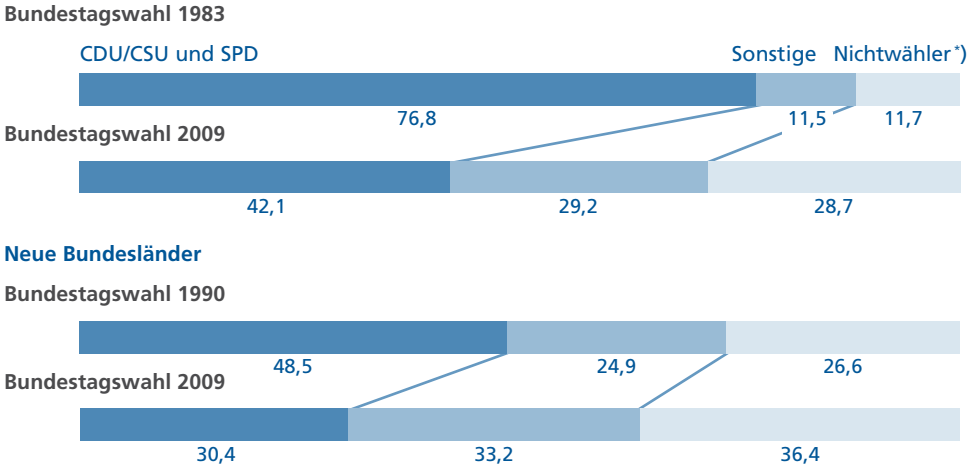
Dr. Dietmar Molthagen
Leiter empirische Sozialforschung
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Problemstellung und Datengrundlage

Die Zahl der Nichtwähler ist in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten auf allen Ebenen der Politik (Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, Europawahlen) stetig gestiegen. Auch wenn bei einigen Landtagswahlen seit 2009 die Wahlbeteiligung nicht mehr weiter abgesunken ist oder sogar wieder leicht zugenommen hat (wie in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg) ist ein Ende dieser generellen Entwicklungstendenz nicht abzusehen. Doch da die Ergebnisse von Wahlen auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen ausgewiesen werden, wird der hohe Anteil der Nichtwähler für die einzelnen Wahlen häufig nicht oder nur am Rande beachtet. Politik und Medien bewerten und analysieren in der Regel nur die Veränderungen der Prozentanteile der gültigen Stimmen, ohne die diesen Anteilen zugrundeliegenden absoluten Wählerstimmen zu berücksichtigen.

So wird meist auch außer Acht gelassen, dass die beiden „großen" Parteien der Republik (SPD und CDU/CSU) einen kontinuierlichen Vertrauensschwund zu verzeichnen haben. In den alten Bundesländern gaben bei der Bundestagswahl 1983 noch über drei Viertel (76,8 %) aller Wahlberechtigten SPD oder Union ihre Stimme. Bei der Bundestagswahl 2009 sank der Anteil von SPD und Union zusammen auf nur noch 42,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil aller sonstigen Parteien von 11,5 auf 29,2 und der der Nichtwähler (einschließlich der ungültigen Stimmen) von 11,7 auf 28,7 Prozent.

Wähler und Nichtwähler bei Bundestagswahlen



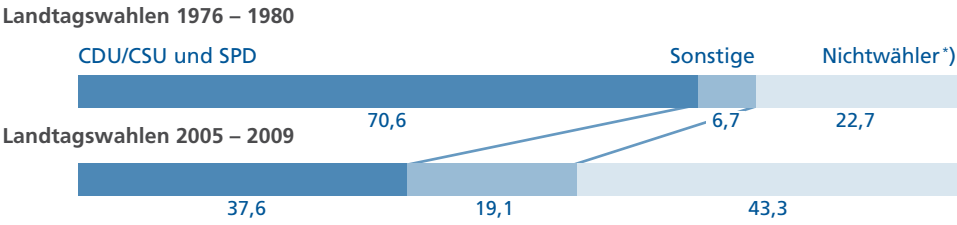
*) einschließlich ungültige Stimmen

In den neuen Bundesländern ging der Anteil von SPD und CDU zwischen der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 bis zur Wahl 2009 von 48,5 auf 30,4 Prozent zurück. Der Anteil der sonstigen Parteien und vor allem der der Nichtwähler überstieg mit 33,2 bzw. 36,4 Prozent den Anteil der beiden Volksparteien.

Der Anstieg der Nichtwähler bzw. der Vertrauensschwund von SPD und Union ist aber nicht nur auf der Ebene der Bundespolitik, sondern auch auf den anderen Politikebenen zu beobachten. So sank der Anteil von SPD und CDU/CSU zwischen den Ende der 1970er Jahre (1976 bis 1980) stattgefundenen Landtagswahlen und den Landtagswahlen, die in der Bundestagslegislaturperiode von 2005 bis 2009 stattfanden, von 70,6 auf 37,6 Prozent. Der Anteil der sonstigen Parteien stieg in diesem Zeitraum von 6,7 auf 19,1 Prozent, der der Nichtwähler von 22,7 auf 43,3 Prozent.

Und auf der lokalen Politikebene sind die Veränderungsraten noch ausgeprägter, wie am Beispiel des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main klar ablesbar ist. Während SPD und CDU bei der hessischen Kommunalwahl

Wähler und Nichtwähler bei Landtagswahlen



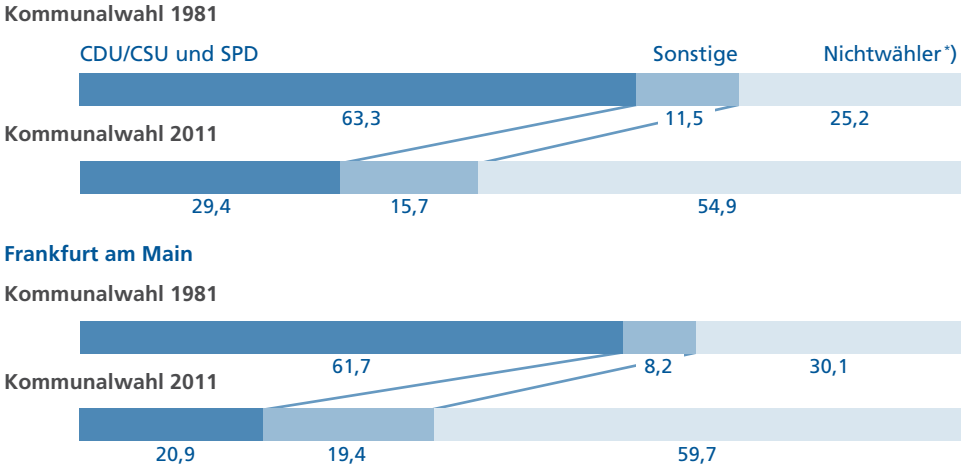
*) einschließlich ungültige Stimmen

1981 noch von über 60 Prozent aller Wahlberechtigten (63,3 %) gewählt wurden, sank der Anteil für die beiden „großen" Parteien zusammen bei der letzten hessischen Kommunalwahl im Frühjahr 2011 auf unter 30 Prozent (29,4 %). Der Anteil der sonstigen Parteien stieg im gleichen Zeitraum nur geringfügig von 11,5 auf 15,7 Prozent. Mehr als verdoppelt hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Nichtwähler: Er stieg von 25,2 Prozent 1981 auf 54,9 Prozent im Jahr 2011.

Und in einer Stadt wie Frankfurt am Main sank der Anteil von SPD und CDU zusammen zwischen 1981 und 2011 von 61,7 Prozent auf ganze 20,9 Prozent. Der Anteil der Nichtwähler verdoppelte sich von 30,1 auf 59,7 Prozent.

Wenn dieser Anstieg der Nichtwähler und der Vertrauensschwund der beiden lange Zeit die Stabilität des politischen Systems in Deutschland garantierenden Volksparteien überhaupt diskutiert wird, geschieht dies oft mit dem, auch von Teilen der akademischen Wahlforschung gegebenen, beruhigenden Hinweis, dieser Rückgang der Bindekraft von SPD und Union und der Anstieg der „Partei der Nichtwähler" entspräche der internationalen Entwicklung, und sei lediglich eine Art „Angleichungs- und Normalisierungsprozess" an das internationale Niveau.

Wähler und Nichtwähler bei Kommunalwahlen



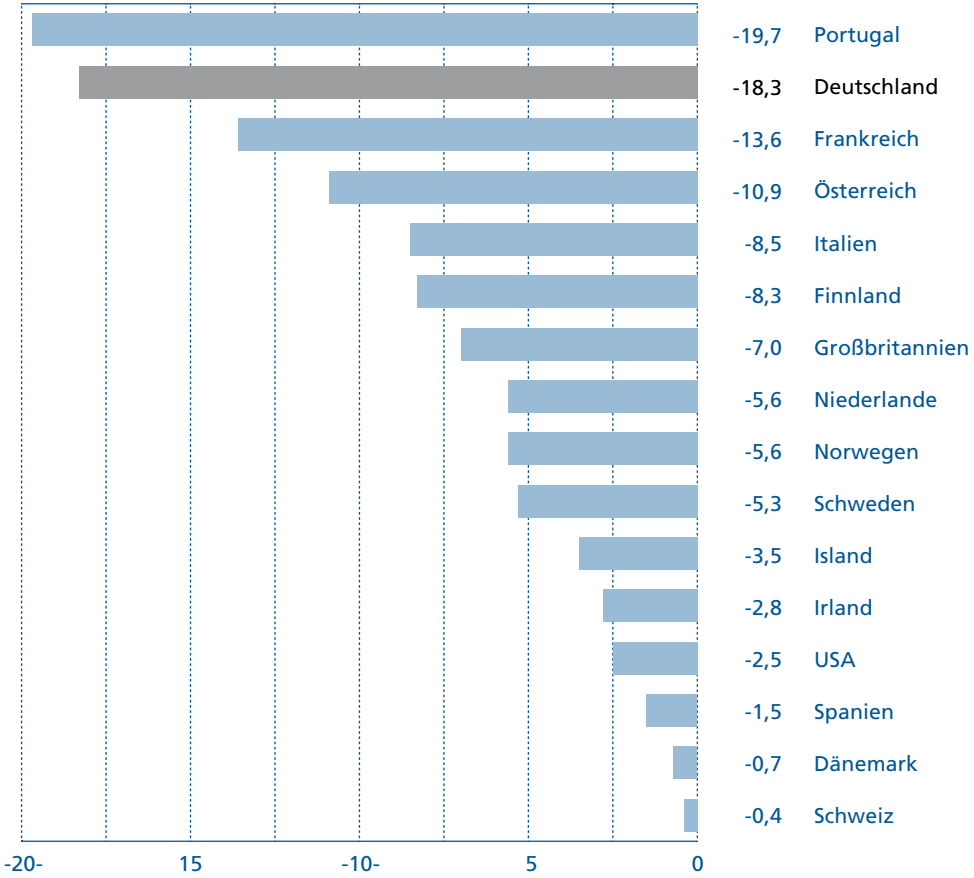
*) einschließlich ungültige Stimmen

Michael Eilfort z. B., der selbst eine Studie zu Nichtwählern in Stuttgart durchgeführt hat, verharmlost diesen großen, in diesem Maße nur in Deutschland zu registrierenden Anstieg der Nichtwähler und interpretiert die wachsende Wahlenthaltung als „aus Zufriedenheit entstandene Apathie". Entsprechend legt Eilfort eine „Entdramatisierung wachsender Nichtwählerzahlen" nahe und fragt, ob „Wahlenthaltung überhaupt als Problem zu bewerten sei".

Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt als Schlussfolgerung aus der von ihr durchgeführten Nichtwählerstudie den Parteien, sich um das Lager der Nichtwähler nicht zu kümmern, weil sich dadurch die Anteile der Parteien auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen nicht ändern würden.

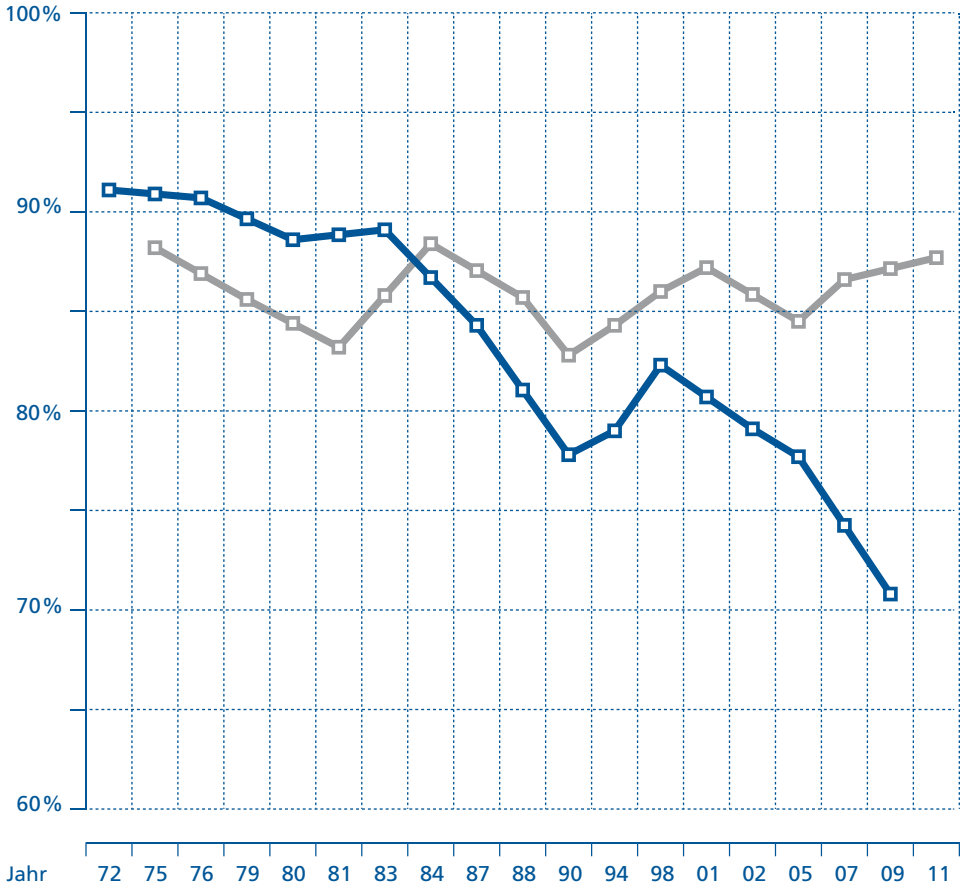
Ein Blick auf die Entwicklung in vergleichbaren westlichen Demokratien zeigt aber, dass die „Normalisierungs-These" nicht stimmt. Abgesehen von Portugal war in den letzten drei Jahrzehnten nirgendwo der Rückgang der Wahlbeteiligung bei Wahlen zum jeweiligen nationalen Parlament so groß wie in Deutschland.

Rückgang der Wahlbeteiligung seit 1983 in ausgewählten Ländern



Ein Blick auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den skandinavischen Ländern zeigt im übrigen auch, dass eine hohe Wahlbeteiligung trotz aller eingetretenen sozialen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse beibehalten werden kann. In Dänemark z. B. war die Wahlbeteiligung bei der Folketing-Wahl im September 2011 so hoch wie noch nie in den letzten 27 Jahren.

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland und Folketing-Wahlen in Dänemark



Die geringe Beachtung, die das Phänomen der Nichtwähler in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion in Deutschland findet, führt dazu, dass in der akademischen, aber auch der kommerziell verfassten Wahlforschung relativ viel über „die Wähler" bekannt ist und auch publiziert wird, der „Nichtwähler" jedoch nach wie vor ein weitgehend unbekanntes Wesen geblieben ist.

Um dieses Forschungsdefizit zu verringern und Auskünfte über die soziale Struktur der Nichtwähler und deren Motive zu erhalten, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen GmbH beauftragt, eine breit angelegte Untersuchung unter Nichtwählern durchzuführen.

Das große methodologische Problem bei Untersuchungen zur Wahlenthaltung ist seit jeher, überhaupt Nichtwähler, die befragt werden können, zu identifizieren. Da forsa seit der Bundestagswahl 2009 im Rahmen von forsa.omnitel, einer kontinuierlichen (täglichen) Erhebung über die politische Stimmung im Auftrag von RTL und STERN (wöchentlich werden 2.500 Personen befragt) nicht nur das Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl 2009, sondern auch das bei den vorherigen Bundestagswahlen 2005, 2002 und 1998 erfragt hatte, konnten so diejenigen identifiziert werden, die sich selbst für eine oder mehrere dieser Wahlen als „Nichtwähler" deklariert hatten. Da wegen der in Deutschland immer noch vorhandenen Tendenz, sich nicht zur eigenen Wahlenthaltung zu bekennen, bei der Rückerinnerungsfrage eher eine Untererfassung des tatsächlichen Anteils der Nichtwähler vorhanden ist, kann davon ausgegangen werden, dass diejenigen, die sich selbst als Nichtwähler zu erkennen gaben, auch tatsächlich nicht zur Wahl gegangen sind. Diese früheren Nichtwähler haben die Erlaubnis für eine nochmalige Befragung gegeben. RTL und STERN haben zudem der Nutzung dieser Daten für wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen von forsa bzw. Prof. Manfred Güllner seit Beginn der kontinuierlichen Erhebungen im Jahr 1992 zugestimmt. Insofern konnte forsa die identifizierten Nichtwähler für die Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung nutzen.

Im Rahmen der Untersuchung wurden vom 10. Oktober bis 10. November 2012 mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews insgesamt 3.501 Wahlberechtigte, die sich nach der Bundestagswahl 2009 und im Jahr 2010 selbst als „Nichtwähler" deklariert hatten, befragt: jeweils mindestens 700 Nichtwähler der letzten vier Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005 und 2009) sowie 700 Wahlberechtigte, die derzeit angeben, sich nicht an der Bundestagswahl 2013 beteiligen zu wollen. Die befragten Nichtwähler können wegen der durch die beschriebene Art der Rekrutierung wahrscheinliche Untererfassung des tatsächlichen Anteils der Nichtwähler bei den zurückliegenden Wahlen nicht im lupenreinen Sinne als repräsentativ für alle Nichtwähler der Wahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 angesehen werden. Da aus den verschiedensten Gründen – nicht zuletzt auch wegen der immer stärkeren Restriktionen der Datenschutzbehörden – andere Rekrutierungswege nicht zur Verfügung stehen, dürfte die befragte Stichprobe der Nichtwähler dennoch einen wichtigen Teil dieser Gruppe abbilden. Über die Gesamtheit der Nichtwähler und deren Zusammensetzung liegen zudem keinerlei Informationen vor.

Die wichtigsten Befunde werden im nachfolgenden Bericht dargestellt. Dabei werden die Ergebnisse nach verschiedenen soziodemographischen Gruppen (Alter, Stellung im Beruf, etc.) sowie nach Regionen und bestimmten Einstellungsgruppen (z. B. politische Selbsteinschätzung, generelle Einstellung zu Wahlen) und nach verschiedenen Nichtwählertypen (siehe Kapitel 1) aufgeschlüsselt.

Sofern die Nichtwähler bei einer der letzten Wahlen gewählt hatten, wurde zusätzlich noch zwischen denjenigen unterschieden, die noch eine gewisse Affinität für die SPD bzw. die Union (CDU oder CSU) zeigen. (Als SPD- bzw. CDU/CSU-affine Nichtwähler werden diejenigen ausgewiesen, die bei den zurückliegenden Wahlen nach eigenen Angaben jeweils mindestens zweimal der SPD bzw. der Union, aber keiner anderen Partei ihre Stimme gegeben haben). Beide Gruppen wurden deshalb gesondert betrachtet, weil SPD und Union lange Jahr als Volksparteien mit großer Bindekraft für heterogene Wählergruppen die Stabilität des politischen Systems in den Phasen der Etablierung und Verfestigung der Demokratie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg garantierten. Beide Parteien sind aber auch heute noch – trotz nachlassender Bindekraft – auf Bundesebene und – mit Ausnahme von Baden-Württemberg - in den Ländern die für die Regierungsbildung entscheidenden Parteien.

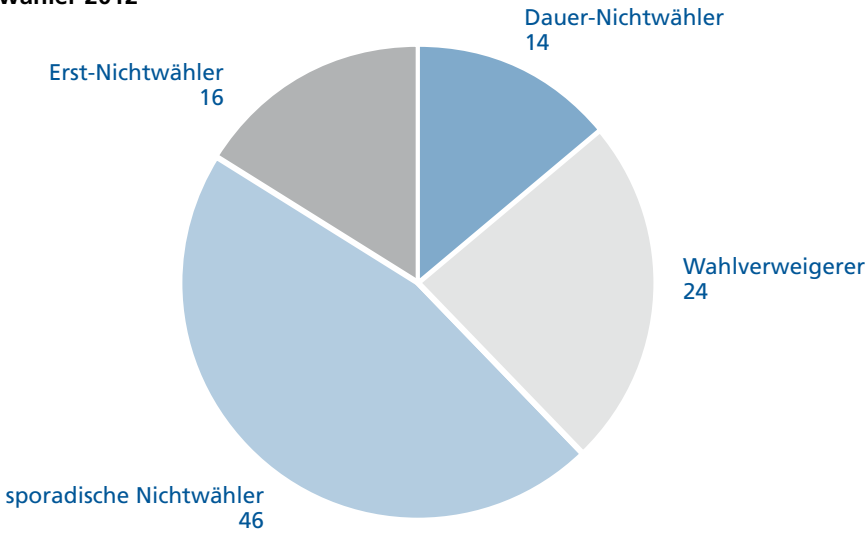
1. Nichtwähler: Typen und Strukturen

Alle im Rahmen der vorliegenden Studie befragten Nichtwähler wurden danach gefragt, ob sie – sofern sie das jeweils entsprechende Wahlalter besaßen – bei den vier letzten Bundestagswahlen (2009, 2005, 2002 und 1998) zur Wahl gegangen sind oder nicht. So konnte jeweils ermittelt werden, bei wie vielen Wahlen der einzelne Nichtwähler sich an der Wahl beteiligt hatte bzw. nicht zur Wahl gegangen ist.

Auf der Basis dieser Angaben wurde folgende Klassifikation der Nichtwähler gebildet:

- „Dauer-Nichtwähler":
  Da sind Nichtwähler, die bei allen vier vergangenen Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005, 2009) nach eigenen Angaben nicht zur Wahl gegangen sind. Zu dieser Gruppe gehören 14 Prozent der befragten Nichtwähler.
- „Wahlverweigerer":
  Das sind Nichtwähler, die an zwei bis drei der letzten vier Bundestagswahlen nicht teilgenommen, sich aber an einer oder zwei Wahlen beteiligt haben. Zu dieser Gruppe zählen 24 Prozent der befragten Nichtwähler.
- „sporadische Nichtwähler":
  Das sind Nichtwähler, die nach ihren Angaben bislang nur an einer Wahl nicht teilgenommen haben, bei den anderen drei Bundestagswahlen jedoch zur Wahl gegangen sind. Diese „sporadischen Nichtwähler" stellen mit 46 Prozent den größten Anteil unter den im Rahmen dieser Untersuchung Befragten.

Nichtwähler 2012

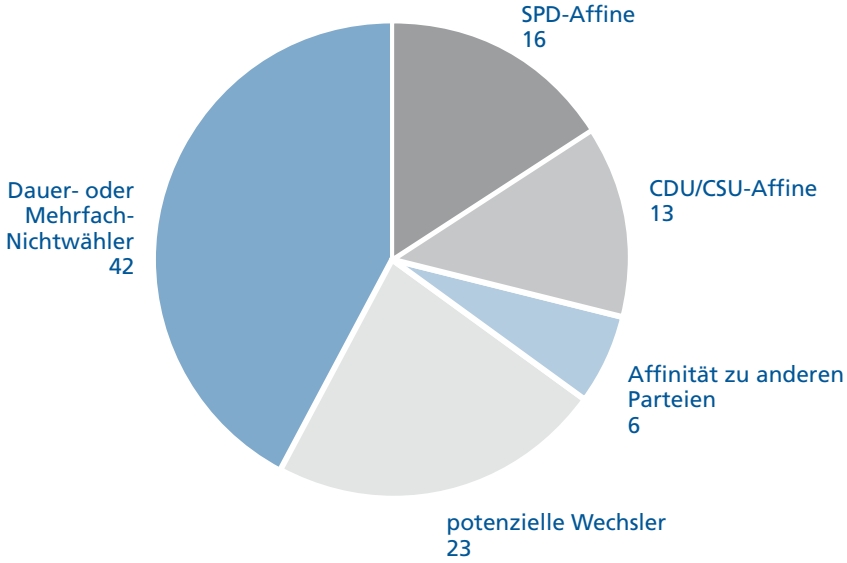


- „Erst-Nichtwähler“:
  Das sind diejenigen Nichtwähler, die bislang gewählt haben bzw. noch nicht wahlberechtigt waren, aber bei der kommenden Bundestagswahl 2013 zur Wahlenthaltung neigen. 16 Prozent gehören zu dieser Gruppe.

Klassifiziert man die befragten Nichtwähler zusätzlich danach, welcher Partei sie – sofern sie überhaupt bei einer der letzten vier Bundestagswahlen gewählt haben – schon einmal ihre Stimme gegeben haben, dann sind bei 42 Prozent der Nichtwähler keine Präferenzen für irgendeine Partei erkennbar. 16 Prozent können als SPD-affine, 13 Prozent als CDU/CSU-affine Nichtwähler bezeichnet werden. 6 Prozent haben Affinitäten zu den sonstigen kleineren Parteien (FDP, Grünen, Linke, etc.) und 23 Prozent haben bei den vergangenen Wahlen, an denen sie teilgenommen haben, verschiedene Parteien gewählt.

Die Struktur der Nichtwähler unterscheidet sich deutlich von der der Wähler. (Als Vergleichsgruppe wurden jene im Jahr 2012 von forsa im Auftrag von RTL und STERN befragten Wahlberechtigten herangezogen, die bei der Bundestagswahl 2009 zur Wahl gegangen waren und sich auch an der kommenden Bundestagswahl im Herbst 2013 beteiligen wollen). So sind in allen Nichtwählergruppen die Ostdeutschen deutlich überrepräsentiert – vor allem in der Gruppe der

Partei-Affinitäten der Wahlverweigerer



Dauer-Nichtwähler. Dies könnte ein erster Hinweis dafür sein, dass ein Teil der Bürger der neuen Bundesländer auch noch mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung noch eine gewisse Distanz zum demokratischen System hat, so wie es sich in der alten Bundesrepublik etabliert hatte.

Der Anteil der weiblichen Wähler ist unter den sporadischen Nichtwählern, den Wahlverweigerern und den Erst-Nichtwählern ähnlich hoch wie in der Gruppe der Wähler. Bei den Dauer-Nichtwählern sind die weiblichen Wähler leicht überrepräsentiert.

In allen Nichtwählergruppen (mit Ausnahme der Erst-Nichtwähler) ist der Anteil der mittleren Altersgruppen (45- bis 59-Jährige) größer als bei den Wählern. Unter denen, die bei der kommenden Bundestagswahl nicht zur Wahl gehen wollen, ist der Anteil der über 60-Jährigen höher als in den anderen Gruppen.

Höher ist im Vergleich zu den Wählern in allen Nichtwählergruppen (vor allem bei den Dauer-Nichtwählern) der Anteil der Geringverdiener.

Struktur der Wähler und Nichtwähler

	Wähler *)	sporadische Nichtwähler	Wahl-verweigerer	Dauer-Nichtwähler	Erst-Nichtwähler
	%	%	%	%	%
Ost	17	26	29	36	31
West	83	74	71	64	79
Männer	49	49	48	45	48
Frauen	51	51	52	55	52
18- bis 44-Jährige	30	28	31	28	100
45- bis 59-Jährige	33	40	39	38	–
60 Jahre und älter	37	32	30	34	–
Haushaltsnetto-Einkommen:					
- unter € 1.000	9	10	15	20	13
- € 1.000 bis € 2.000	27	30	30	36	30
- € 2.000 bis € 3.000	26	27	30	22	30
- € 3.000 oder mehr	38	33	25	22	26
Haupt-/Realschul-abschluss	47	57	65	69	54
Abitur, Studium	53	43	35	31	46
Erwerbstätige	54	55	54	43	62
davon:					
Arbeiter	8	13	20	23	13
Angestellte	66	65	59	56	75
Beamte	11	7	4	5	5
Selbständige	15	15	17	16	7

*) Datenbasis: 83.205 im Auftrag von STERN und RTL 2012 befragte Wahlberechtigte, die bei der Bundestagswahl 2009 gewählt haben und sich auch an der Wahl 2013 beteiligen wollen.

Deutlich niedriger ist hingegen in allen Nichtwählergruppen (wieder besonders ausgeprägt bei den Dauer-Nichtwählern) der Anteil der Wahlberechtigten mit weiterführendem Schulabschluss (Abitur bzw. Hochschulstudium).

Der Anteil der Erwerbstätigen ist bei den sporadischen Nichtwählern und den Wahlverweigerern ähnlich hoch wie bei den Wählern, bei den Dauer-Nichtwählern jedoch niedriger. Nur bei den Erst-Nichtwählern ist der Anteil der Erwerbstätigen höher als bei den Wählern.

Höher ist im Vergleich zur Gruppe der Wähler in allen Nichtwählergruppen (besonders ausgeprägt wieder bei den Dauer-Nichtwählern) der Anteil der Arbeiter.

Der Vergleich der Sozialstruktur der Wähler mit der der Nichtwähler zeigt, dass sich unter den Nichtwählern überproportional die unteren sozialen Schichten (geringe Schulbildung, geringes Einkommen, geringer sozialer Status) finden. Da diese Diskrepanz besonders ausgeprägt bei den Dauer-Nichtwählern ist, besteht die Gefahr, dass sich die unteren sozialen Schichten zunehmend ausgegrenzt fühlen von den politischen Entscheidungsprozessen, die in immer stärkerem Maße die Interessen der eher privilegierten Schichten der Bevölkerung berücksichtigen.

2. Einstellungen zum politischen System

2.1 Zufriedenheit mit dem politischen System an sich und mit der Politik

Zur Ermittlung der Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System in Deutschland wurden den befragten Nichtwählern drei Fragen gestellt: Zunächst wurde die Einstellung zur Idee der Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen erfragt, dann die Einstellung zur Demokratie in Deutschland, so wie diese im Grundgesetz festgelegt ist, und zu guter letzt die Zufriedenheit mit der Politik, so wie sie tatsächlich gemacht wird.

Die Idee der Demokratie findet im Vergleich zu anderen Staatsformen die Mehrheit der Nichtwähler (85 %) gut. Mehrheitlich sind die befragten Nichtwähler (71 %) auch mit der Demokratie in der Bundesrepublik, so wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist, zufrieden. Mit der Politik, so wie sie in Deutschland tatsächlich gemacht wird, sind allerdings lediglich 21 Prozent der befragten Nichtwähler zufrieden.

Überdurchschnittlich häufig zufrieden zeigen sich bei allen drei Zufriedenheitskomponenten die jüngeren, unter 30 Jahre alten Nichtwähler, Beamte sowie diejenigen, die Wahlen als „hohes Gut“ ansehen.

Kritischer als der Durchschnitt aller Nichtwähler gegenüber der Demokratie eingestellt sind die ostdeutschen Nichtwähler, Befragte mit formal niedrigem Bildungsabschluss sowie diejenigen, die Wahlen als „nicht so wichtig“ ansehen.

Zufriedenheit mit der Demokratie, dem politischen System und der tatsächlichen Politik

	Die Idee der Demokratie finden		Mit der im Grundgesetz festgelegten Demokratie		Mit der tatsächlichen Politik in Deutschland sind	
	gut	weniger gut bzw. schlecht *)	zufrieden	nicht zufrieden *)	zufrieden	nicht zufrieden *)
	%	%	%	%	%	%
insgesamt	85	13	71	27	21	78
Ost	80	18	58	39	15	84
West	87	12	77	21	23	76
18- bis 29-Jährige	90	8	80	17	30	69
30-bis 44-Jährige	86	12	76	22	27	73
45-bis 59-Jährige	84	14	70	27	17	73
60 Jahre und älter	83	14	67	30	19	80
Arbeiter	81	16	67	30	15	85
Angestellte	89	10	76	22	24	76
Beamte	96	4	85	12	31	69
Selbständige	85	13	75	22	22	78
Wahlen:						
- hohes Gut	89	10	77	22	24	75
- nicht so wichtig	70	26	53	44	12	88
SPD-Affine	86	13	74	25	18	81
CDU/CSU-Affine	89	11	81	18	31	69

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

CDU/CSU-affine Nichtwähler sind mit dem im Grundgesetz festgelegten politischen System etwas, mit der Politik, so wie sie derzeit gemacht wird, deutlich zufriedener als die SPD-affinen Nichtwähler.

Vergleicht man die drei Nichtwählergruppen, dann zeigt sich, dass die Gruppe der Wahlverweigerer, vor allem aber die Gruppe der Dauer-Nichtwähler eine größere Distanz zum politischen System hat als die Gruppe der sporadischen Nichtwähler, also jene Befragten, die vielleicht bei einer der kommenden Wahlen doch wieder zur Wahl gehen könnten.

Einstellungen zum politischen System

	Nichtwähler *)	sporadische Nichtwähler	Wahlverweigerer	Dauer-Nichtwähler	Erst-Nichtwähler
	%	%	%	%	%
Die Idee der Demokratie finden:					
- gut	85	89	83	74	86
- weniger gut bzw. schlecht	13	10	15	22	13
Mit der im Grundgesetz festgelegten Demokratie sind:					
- zufrieden	71	77	69	57	72
- nicht zufrieden	27	21	29	39	27
Mit der tatsächlichen Politik in Deutschland sind:					
- zufrieden	21	27	20	16	11
- nicht zufrieden	78	73	79	82	88

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

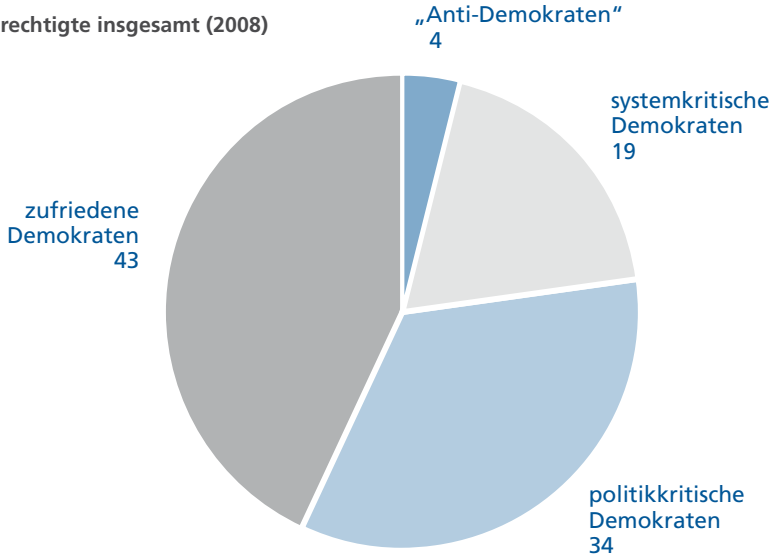
Werden aus sporadischen Nichtwählern Dauer-Nichtwähler, besteht also die große Gefahr, dass sie im Laufe ihrer „Nichtwähler-Karriere“ auch die Demokratie als Staatsform immer kritischer bewerten.

Bei denjenigen, die sich 2013 nicht an der Bundestagswahl beteiligen wollen, ist die Distanz zum politischen System an sich noch nicht so groß wie bei den Dauer-Nichtwählern, sondern entspricht in etwa dem Durchschnitt aller befragten Nichtwähler. Doch die Kritik an der gegenwärtig praktizierten Politik ist noch ausgeprägter als bei den anderen Nichtwählergruppen.

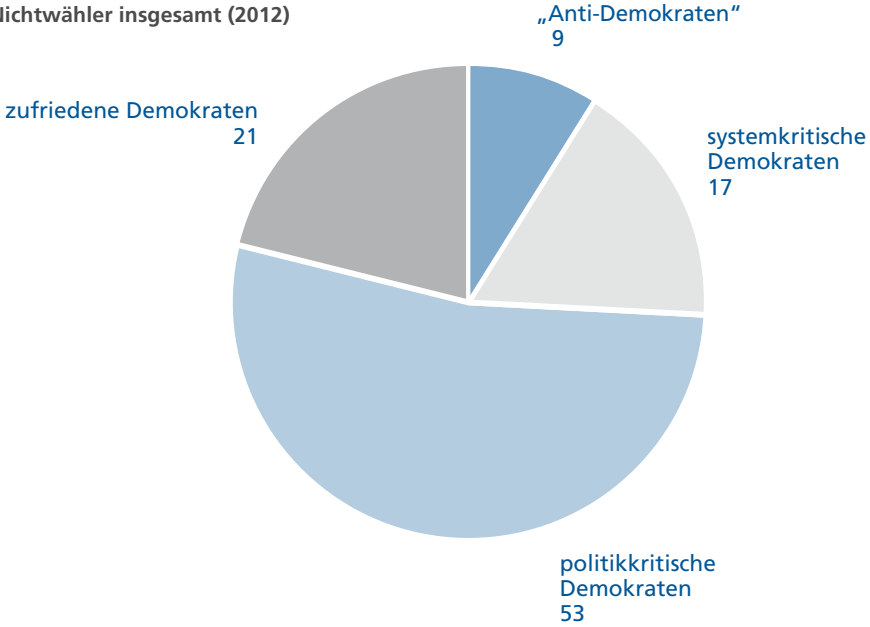
Bildet man auf der Grundlage der Antworten auf die drei Fragen zur Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie, dem im Grundgesetz festgelegten politischen System in Deutschland und der praktizierten Politik eine Typologie der Nähe bzw. Distanz zur Politik, dann zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Nichtwählern und den Wahlberechtigten insgesamt.

„Demokratie-Typen“ (1)

Wahlberechtigte insgesamt (2008)



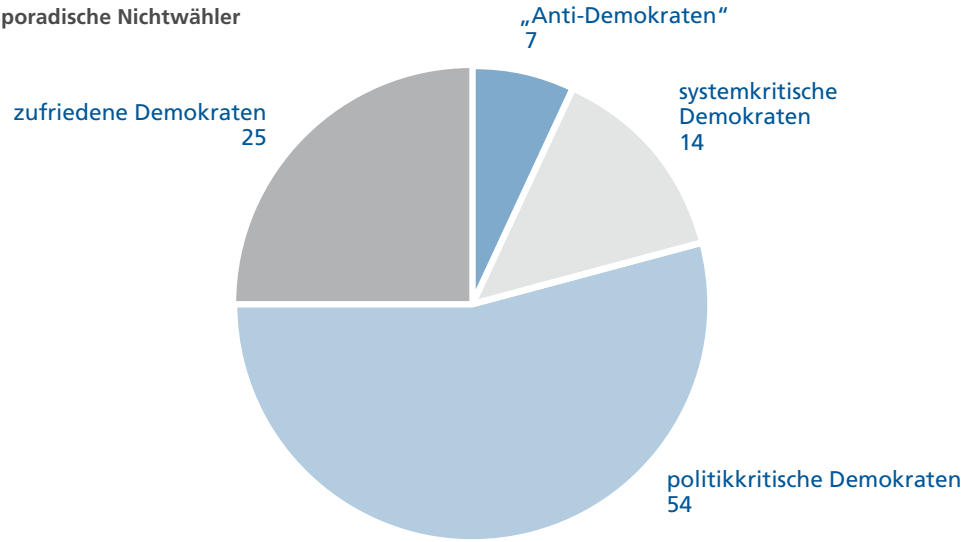
Nichtwähler insgesamt (2012)



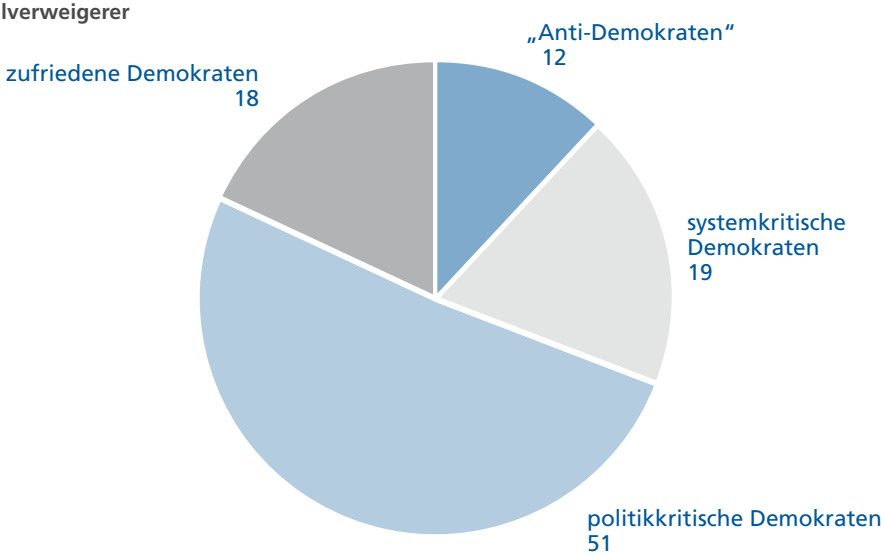
So gehörten in einer bundesweiten forsa-Untersuchung von 2008 43 Prozent zur Gruppe derjenigen, die als vollauf „zufriedene Demokraten“ bezeichnet werden können. Dies waren Wahlberechtigte, die mit allen drei Beurteilungsdimensionen zufrieden waren – also auch mit der derzeitigen Praxis der Politik. Von den Nichtwählern 2012 gehören nur 21 Prozent zu dieser Gruppe. Hingegen ist der Anteil derjenigen, die als „politikkritische“ Gruppe bezeichnet wird (also derer, die hauptsächlich mit der derzeit praktizierten Politik nicht zufrieden sind), unter den Nichtwählern mit 53 Prozent deutlich größer als unter allen Wahlberechtigten mit 34 Prozent.

„Demokratie-Typen“ (2)

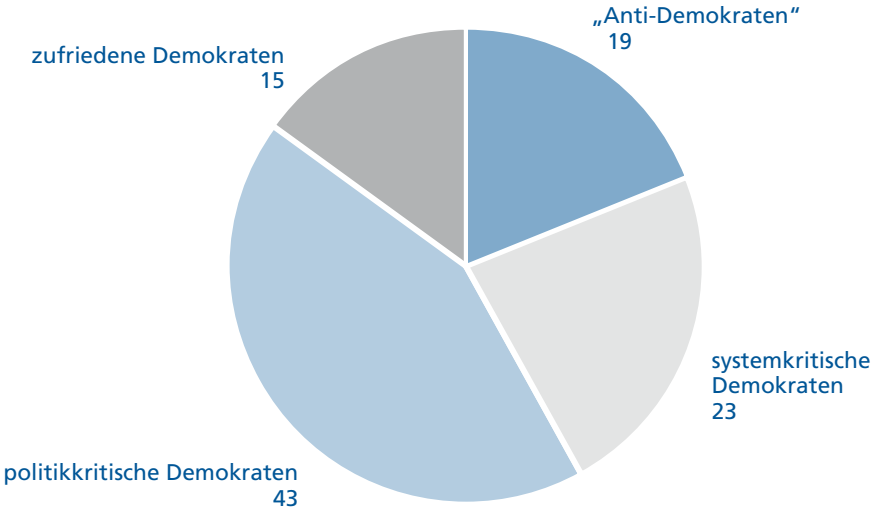
Sporadische Nichtwähler



Wahlverweigerer



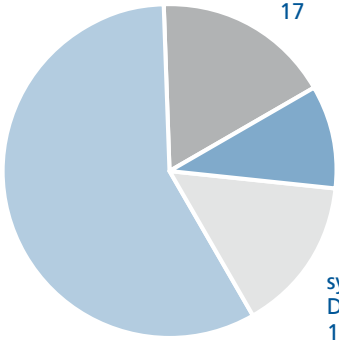
Dauer-Nichtwähler



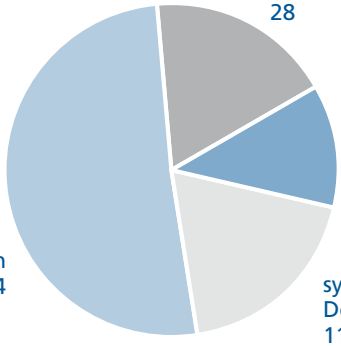
Von den sporadischen Nichtwählern gehören 7 Prozent zur Gruppe der „Anti-Demokraten“, von den Wahlverweigerern 12 Prozent und von den Dauer-Nichtwählern 19 Prozent. Weitere 23 Prozent der Dauer-Nichtwähler sind systemkritische Demokraten. Die Gefahr, dass unter den Dauer-Nichtwählern die Distanz auch zur Demokratie zunimmt, wird auch durch diese Ergebnisse bestätigt.

„Demokratie-Typen“ (3)

SPD-Affine



CDU/CSU-Affine



Ein Vergleich der Nichtwähler, die noch eine gewisse Affinität zur SPD aufweisen, mit denen, die Affinität zur Union aufweisen, ergibt, dass die SPD-affinen Nichtwähler eine größere Distanz zur Politik aufweisen als die CDU/CSU-affinen. So sind 28 Prozent der CDU/CSU-affinen Nichtwähler, jedoch nur 17 Prozent der SPD-affinen Nichtwähler zufriedene Demokraten.

Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die SPD-affinen Nichtwähler „politikferner“ sind als diejenigen, die Affinitäten zu anderen Parteien aufweisen.

Politik und Alltag

	Was in der Politik vorgeht, ist für mein Leben	
	sehr wichtig	ziemlich egal *)
	%	%
Nichtwähler insgesamt	57	40
Ost	49	49
West	60	37
18- bis 29-Jährige	69	29
30-bis 44-Jährige	59	39
45-bis 59-Jährige	57	41
60 Jahre und älter	53	43
Arbeiter	52	46
Angestellte	63	34
Beamte	66	32
Selbständige	61	35

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht" bzw. „weder noch"

2.2 Politik und Wahlen

Die bei der Gruppe der Nichtwähler noch vorzufindende recht hohe Akzeptanz der Staatsform Demokratie und des politischen Systems an sich zeigt sich auch bei der Einschätzung, ob die Politik für das eigene Leben wichtig oder eher egal ist. 57 Prozent aller Nichtwähler sehen das Geschehen in der Politik als sehr wichtig an, da davon das persönliche Wohlergehen abhänge. 40 Prozent meinen, dass die Entscheidungen und Aktivitäten der Politik für sie persönlich ziemlich egal seien, da sich dadurch im persönlichen Alltag doch nichts ändere.

Dass die Politik auch für das eigene Leben wichtig ist, glauben in überdurchschnittlichem Maße die jüngeren Nichtwähler (18- bis 29-Jährige) sowie die Beamten.

Eine eher geringe Bedeutung messen der Politik für das eigene Leben die Ostdeutschen sowie die Arbeiter bei.

Für die Mehrheit der Nichtwähler (77 %) ist die Möglichkeit, wählen zu können, trotz ihrer Wahlabstinenz ein hohes Gut, weshalb es auch die Pflicht eines

Einschätzung der Bedeutung von Wahlen

	Wählen zu können ist ein hohes Gut	Wahlen sind nichts besonderes *)
	%	%
Nichtwähler insgesamt	77	21
Ost	70	28
West	79	18
18- bis 29-Jährige	79	18
30-bis 44-Jährige	79	19
45-bis 59-Jährige	76	21
60 Jahre und älter	75	23
Hauptschule	70	27
mittlerer Abschluss	75	23
Abitur, Studium	82	15
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	69	28
- 1.000 bis € 2.000	75	23
- 2.000 bis € 3.000	78	18
- € 3.000 und mehr	81	17
Zufriedenheit mit Demokratie:		
- ja	82	15
- nein	62	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"

jeden Bürgers sei, sich an Wahlen zu beteiligen. 21 Prozent halten Wahlen für nichts besonderes. Deshalb sei es auch nicht so wichtig, sich an Wahlen zu beteiligen.

Dass die Beteiligung an Wahlen nichts besonderes sei, meinen häufiger als der Durchschnitt aller Nichtwähler die Ostdeutschen, die Arbeiter, die Geringverdiener und die Demokratieunzufriedenen unter den Nichtwählern sowie diejenigen mit niederem Bildungsabschluss.

Einflussmöglichkeiten durch Wahlen

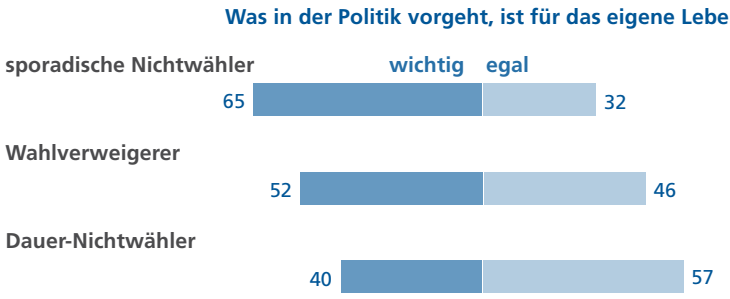
	Durch die Stimmabgabe bei Wahlen kann man am Gang der Dinge ändern		
	viel	etwas	nichts
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	24	44	32
Ost	19	41	39
West	26	44	30
18- bis 29-Jährige	25	51	24
30-bis 44-Jährige	27	46	27
45-bis 59-Jährige	26	41	33
60 Jahre und älter	20	43	37
Arbeiter	21	43	36
Angestellte	27	46	27
Beamte	30	52	18
Selbständige	29	38	33
Zufriedenheit mit Demokratie:			
- ja	28	48	24
- nein	14	34	52
Wahlen:			
- hohes Gut	30	49	21
- nicht so wichtig	4	25	71

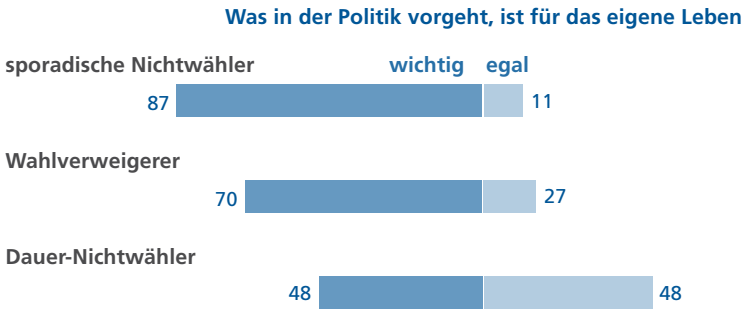
*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"

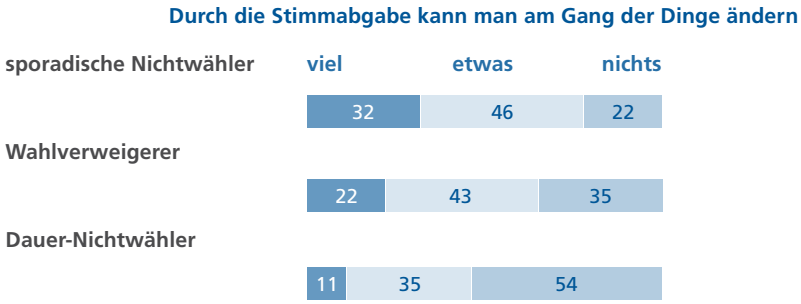
Dass man durch die Stimmabgabe bei Wahlen viel oder sogar sehr viel am Gang der Dinge ändern kann, glauben allerdings nur 24 Prozent aller Nichtwähler. 44 Prozent meinen, man könne durch die Stimmabgabe „etwas" ändern und 32 Prozent der Nichtwähler glauben, durch die eigene Stimme bei Wahlen ließe sich so gut wie gar nichts ändern.

Überdurchschnittlich skeptisch im Hinblick auf die eingeschätzten Einflussmöglichkeiten durch Wahlen sind die ostdeutschen, die älteren sowie diejenigen Nichtwähler, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind.

Indikatoren der Politikferne bei den einzelnen Nichtwählergruppen

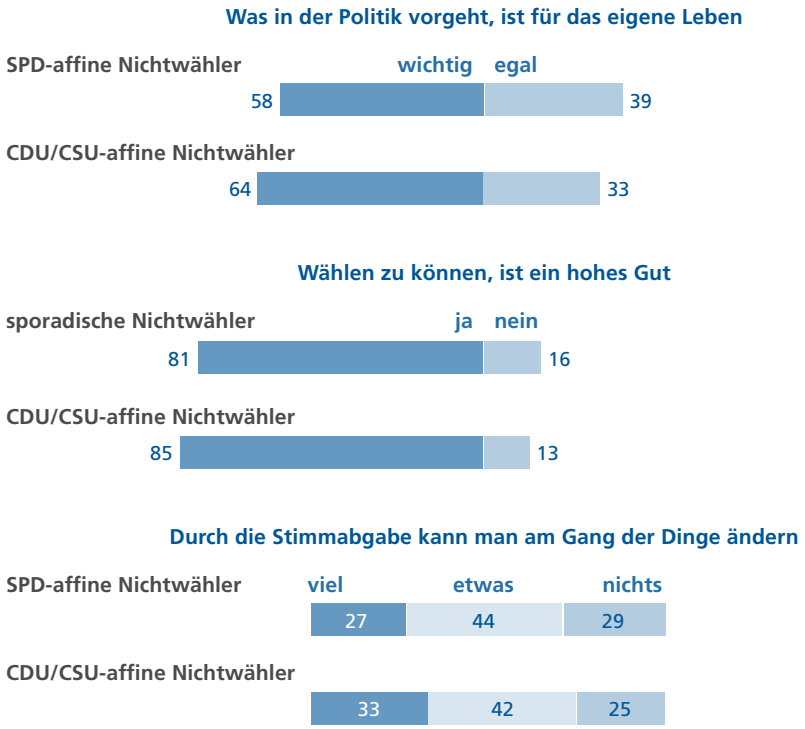






Während die Mehrheit der Nichtwähler die Bedeutung der Politik für das eigene Leben als durchaus wichtig einschätzt und Wahlen für ein besonders Privileg hält, sind die Wahlverweigerer und vor allem die Dauer-Nichtwähler in ihrer Bewertung sehr viel distanzierter. Von den Dauer-Nichtwählern glaubt sogar

Politikferne von SPD- und CDU/CSU-affinen Nichtwählern



die Hälfte bzw. mehr als die Hälfte, dass Wahlen nichts besonderes sind bzw. dass die Politik keinen Einfluss auf den Alltag habe. Über die Hälfte der Dauer-Nichtwähler meint zudem, dass man mit seiner Stimme bei Wahlen so gut wie nichts bewirken kann.

SPD-affine Nichtwähler sind wiederum bei der Einschätzung der Bedeutung von Wahlen und Politik verhaltener als die CDU/CSU-affinen.

So halten 58 Prozent der SPD-affinen, aber 64 Prozent der CDU/CSU-affinen Nichtwähler die Politik auch für das eigene Leben für wichtig.

2.3 Meinungen zur jetzigen Regierung und zur Opposition

Dass die jetzige Bundesregierung das tut, was das Beste für das Land ist, meint lediglich ein Drittel der befragten Nichtwähler (32 %). Die Mehrheit (62 %) hat kein Vertrauen, dass die Bundesregierung sich in ausreichendem Maße um die Belange des Landes kümmert.

Überdurchschnittlich häufig sind die Ostdeutschen und die Arbeiter unter den Nichtwählern der Ansicht, dass man kein Vertrauen dazu haben kann, dass die Bundesregierung das tut, was das Beste für das Land ist.

Das Misstrauen in die Bundesregierung ist bei den Dauer-Nichtwählern größer als bei den anderen Nichtwählergruppen.

Von den SPD-affinen Nichtwählern haben 67 Prozent kein Vertrauen dazu, dass die Bundesregierung das Beste für das Land macht. Aber auch bei den CDU/CSU-Affinen ist das Vertrauen zur Regierung nicht sonderlich ausgeprägt.

Vertrauen zur jetzigen Bundesregierung

	Man kann dazu Vertrauen haben, dass die jetzige Bundesregierung das tut, was das Beste für unser Land ist	
	ja	nein *)
	%	%
Nichtwähler insgesamt	32	62
Ost	27	68
West	34	60
Arbeiter	27	69
Angestellte	35	59
Beamte	40	52
Selbständige	31	63
SPD-Affine	27	67
CDU/CSU-Affine	45	48
sporadische Nichtwähler	39	55
Wahlverweigerer	29	65
Dauer-Nichtwähler	23	73

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"

Zufriedenheit mit der Politik von Angela Merkel

	Mit der Politik von Angela Merkel sind einverstanden	
	ja	nein *)
	%	%
Nichtwähler insgesamt	49	47
Ost	47	49
West	50	46
18- bis 29-Jährige	57	40
30- bis 44-Jährige	53	44
45- bis 59-Jährige	42	53
60 Jahre und älter	50	45
Arbeiter	40	57
Angestellte	52	45
Beamte	58	39
Selbständige	46	48
SPD-Affine	39	58
CDU/CSU-Affine	71	26
sporadische Nichtwähler	55	42
Wahlverweigerer	44	52
Dauer-Nichtwähler	43	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"

Während das Vertrauen zur amtierenden Bundesregierung bei den Nichtwählern nicht allzu groß ist, sind mit der Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich mehr Nichtwähler im großen und ganzen einverstanden.

Arbeiter unter den Nichtwählern sind überdurchschnittlich häufig nicht mit der Politik der Bundeskanzlerin einverstanden.

Unzufriedener als der Durchschnitt aller Nichtwähler sind mit der Politik der Kanzlerin auch die Wahlverweigerer und Dauer-Nichtwähler sowie die SPD-affinen Nichtwähler.

Einschätzung einer rot/grünen Regierung

	Eine rot/grüne Koalition würde das Land im Vergleich zur jetzigen Koalition regieren		
	besser	genauso	schlechter *)
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	10	50	34
Ost	9	46	36
West	10	52	32
18- bis 29-Jährige	10	50	27
30- bis 44-Jährige	10	51	33
45- bis 59-Jährige	9	53	33
60 Jahre und älter	11	46	36
Arbeiter	10	52	30
Angestellte	9	53	33
Beamte	12	51	36
Selbständige	7	42	47
Politische Selbsteinstufung:			
- Links	16	56	24
- Mitte	8	50	35
- Rechts	5	37	53
SPD-Affine	16	60	18
CDU/CSU-Affine	3	33	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"

Dass eine Koalition aus SPD und Grünen das Land im Vergleich zur jetzigen schwarz-gelben Koalition besser regieren könnte, meinen nur wenige Nichtwähler (10 %). Die Hälfte (50 %) glaubt, eine rot/grüne Koalition würde das Land in ähnlicher Weise regieren wie die derzeitige Koalition aus CDU, CSU und FDP. Dass eine rot/grüne Koalition das Land nicht so gut regieren könnte, meint ungefähr ein Drittel (34 %).

Nichtwähler, die sich selbst dem linken politischen Spektrum zuordnen, meinen etwas häufiger als der Durchschnitt aller Nichtwähler, dass eine rot/grüne Koalition das Land im Vergleich zur derzeitigen Regierungskoalition besser oder mindestens genauso gut regieren könnte.

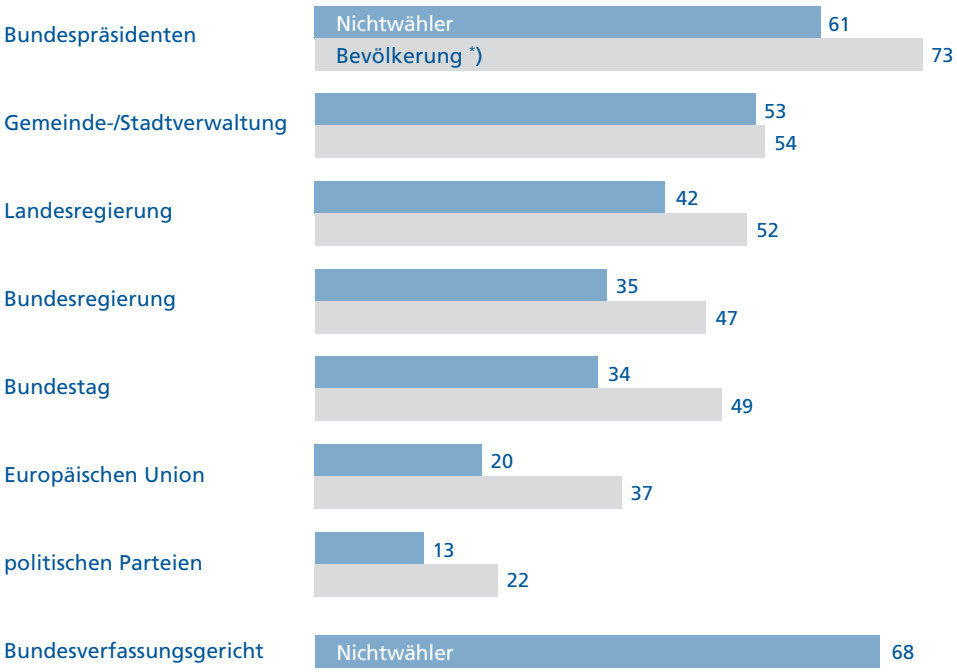
Selbst von denjenigen, die noch gewisse Affinität zur SPD aufweisen, glauben nur wenige (16 %), dass eine rot/grüne Koalition das Land besser regieren könnte.

2.4 Vertrauen in Institutionen

Das größte Vertrauen bringen die Nichtwähler dem Bundesverfassungsgericht entgegen, dem 68 Prozent vertrauen. An zweiter Stelle folgt der Bundespräsident, dem 61 Prozent der Nichtwähler Vertrauen entgegenbringen. Der eigenen

Vertrauen in Institutionen

Es haben großes Vertrauen zu (zur/zum)



*) Umfrage im Auftrag des STERN (Anfang 2013)

Vertrauen in Institutionen

Es haben großes Vertrauen zu (zur/zum):	SPD-Affine	CDU/CSU-Affine	sporadische Nichtwähler	Wahlverweigerer	Dauer-Nichtwähler
	%	%	%	%	%
Bundesverfassungsgericht	72	74	75	66	53
Bundespräsident	69	71	69	57	49
Gemeinde-/Stadtverwaltung	53	54	55	50	46
Landesregierung	41	51	48	39	34
Bundesregierung	27	52	42	33	23
Bundestag	34	42	42	28	20
Europäische Union	19	20	24	18	14
politischen Parteien	13	18	18	11	11

Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung vertrauen 53 Prozent, der eigenen Landesregierung 42 Prozent. Die Bundesregierung hat das Vertrauen von 35 Prozent, der Bundestag das von 34 Prozent. Den Institutionen der Europäischen Union vertrauen lediglich 20 Prozent der Nichtwähler, den politischen Parteien nur 13 Prozent.

Im Auftrag des STERN erhebt forsa jährlich das Vertrauen der Bundesbürger in verschiedene Institutionen. Soweit möglich, sind nachfolgend die Vergleichswerte dargestellt. Es zeigt sich, dass die Nichtwähler zu allen Institutionen ein deutlich geringeres Vertrauen haben als der Durchschnitt aller Bundesbürger. Lediglich das Vertrauensniveau zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung ist bei beiden Gruppen gleich groß.

Dass diejenigen, die sich dazu entschieden haben, bei einer oder mehreren Wahlen nicht wählen zu gehen, eine Distanz zur Politik und zu politischen Institutionen entwickeln, zeigt sich auch darin, dass die Gruppe der Wahlverweigerer und vor allem die der Dauer-Nichtwähler zu allen Institutionen ein deutlich geringeres Vertrauen haben als diejenigen, die bislang noch nicht dauerhaft zum Lager der Nichtwähler gehören.

3. Interesse am politischen Geschehen und politisches und gesellschaftliches Engagement

3.1 Interesse an Politik

Über 60 Prozent der befragten Nichtwähler geben an, sich noch stark für das, was in der Politik in Deutschland vorgeht, zu interessieren. Für das, was in ihrem eigenen Bundesland vorgeht, interessieren sich ebenso wie für das Geschehen vor Ort in ihrer Stadt oder Gemeinde sogar fast drei Viertel der Nichtwähler.

Am politischen Geschehen in Deutschland sind die jüngeren, unter 30-Jährigen, die Arbeiter, die Hauptschulabsolventen sowie diejenigen unter den Nichtwählern, die zu Wahlen eine größere Distanz haben bzw. schon zu Dauer-Nichtwählern geworden sind, am geringsten interessiert.

Bemerkenswert ist, dass sich diese Unterschiede nicht finden, wenn es um das Interesse am Geschehen vor Ort geht. Hier ist das Interesse aller Gruppen ausgeprägt groß (was aber nicht dazu führt, dass die Wahlbeteiligung bei kommunalen Wahlen besonders hoch wäre – im Gegenteil, die Beteiligung an lokalen Wahlen ist in den letzten Jahren noch stärker gesunken als die auf den anderen Politikebenen).

Interesse am politischen Geschehen

	Es interessieren sich stark für das (politische) Geschehen in		
	Deutschland	ihrem Bundesland	ihrer Gemeinde
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	61	71	74
Ost	58	73	78
West	63	71	72
18- bis 29-Jährige	52	62	72
30- bis 44-Jährige	57	70	75
45- bis 59-Jährige	60	72	74
60 Jahre und älter	68	74	73
Arbeiter	50	70	75
Angestellte	61	74	77
Beamte	80	80	81
Selbständige	71	68	70
Hauptschule	50	68	70
mittlerer Abschluss	56	70	76
Abitur, Studium	73	74	74
Politische Selbsteinstufung:			
- Links	67	74	73
- Mitte	60	73	76
- Rechts	63	71	73
SPD-Affine	66	75	78
CDU/CSU-Affine	71	78	76
sporadische Nichtwähler	67	76	77
Wahlverweigerer	56	67	71
Dauer-Nichtwähler	41	56	66

43 Prozent aller Nichtwähler unterhalten sich nach eigenen Angaben häufig, 39 Prozent gelegentlich, 18 Prozent selten bzw. nie über Politik.

Über Politik unterhalten sich die jüngeren Nichtwähler, die Arbeiter und Hauptschulabsolventen sowie diejenigen, die eine große Distanz zur Politik haben bzw. ein geringes Interesse am politischen Geschehen zeigen, in deutlich geringerem Maße als der Durchschnitt aller Nichtwähler.

Unterhaltung über Politik

	häufig	gelegentlich	selten bzw. nie
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	43	39	18
Ost	45	37	18
West	42	40	18
18- bis 29-Jährige	25	49	26
30- bis 44-Jährige	35	46	19
45- bis 59-Jährige	47	37	16
60 Jahre und älter	49	33	18
Arbeiter	33	46	21
Angestellte	44	42	14
Beamte	50	39	11
Selbständige	50	36	14
Hauptschule	33	41	26
mittlerer Abschluss	39	41	20
Abitur, Studium	51	37	12
Interesse an Bundespolitik:			
- stark	59	35	6
- nicht stark	16	47	37
Wahlen:			
- hohes Gut	47	39	14
- nicht so wichtig	29	39	32
SPD-Affine	45	42	13
CDU/CSU-Affine	49	39	12
sporadische Nichtwähler	46	41	13
Wahlverweigerer	38	42	20
Dauer-Nichtwähler	31	34	35

3.2 Persönliches Engagement

27 Prozent der Nichtwähler geben an, sich schon einmal an einer Bürgerinitiative beteiligt zu haben. An einer Unterschriftenaktion haben sich 56 Prozent und an einer anderen Protestaktion 21 Prozent beteiligt.

32 Prozent aller Nichtwähler haben sich bisher noch an keiner Protestaktion beteiligt. Westdeutsche Nichtwähler haben sich etwas häufiger schon einmal an irgendeiner Protestaktion beteiligt als ostdeutsche, die mittleren Altersgruppen der 30- bis 59-Jährigen häufiger als die jungen, unter 30 Jahre und die älteren über 60 Jahre alten Nichtwähler.

Am häufigsten haben sich von den Nichtwählern Beamte, in geringstem Maße Arbeiter an Protestaktion beteiligt.

Dass sich eher die oberen sozialen Schichten als die unteren an Protestaktionen beteiligen zeigt auch eine Aufschlüsselung der Ergebnisse nach dem Bildungsgrad: Von den Nichtwählern mit Abitur oder Hochschulabschluss haben sich 75 Prozent, von den Hauptschulabsolventen jedoch nur 58 Prozent schon einmal an irgendeiner Protestaktion beteiligt.

Diejenigen, die sich eher dem linken politischen Spektrum zuordnen, haben sich etwas häufiger an Protesten beteiligt als diejenigen, die sich selbst der politischen Mitte oder dem rechten politischen Spektrum zuordnen.

Von den Dauer-Nichtwählern haben sich 54 Prozent, von den sporadischen Nichtwählern jedoch 71 Prozent schon einmal an irgendwelchen Protesten beteiligt.

Partizipationsbereitschaft

	Es haben sich schon einmal beteiligt an einer			
	Bürger-initiative	Unterschrif-tenaktion	sonstigen*) Protestaktion	nichts davon
	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	27	56	21	32
Ost	25	52	20	35
West	28	58	21	30
18- bis 29-Jährige	18	54	25	34
30- bis 44-Jährige	27	63	20	27
45- bis 59-Jährige	31	60	24	27
60 Jahre und älter	25	47	17	40
Arbeiter	23	48	18	38
Angestellte	28	62	23	26
Beamte	31	72	27	18
Selbständige	39	59	32	24
Hauptschule	19	44	13	42
mittlerer Abschluss	27	56	20	32
Abitur, Studium	33	64	27	25
Politische Selbsteinstufung:				
- Links	32	62	28	26
- Mitte	25	55	17	33
- Rechts	24	53	19	34
SPD-Affine	27	60	24	29
CDU/CSU-Affine	26	56	19	30
sporadische Nichtwähler	29	60	24	29
Wahlverweigerer	23	55	19	33
Dauer-Nichtwähler	21	41	13	46

*) Mehrfachnennungen möglich

3.3 Ehrenamtliches Engagement

38 Prozent der Nichtwähler geben an, in ihrer Freizeit in einem Verein oder einer sonstigen Organisation tätig zu sein.

Bei jüngeren Nichtwählern, Hauptschulabsolventen und Arbeitern sowie Dauer-Nichtwählern ist das Engagement in einem Verein oder einer Organisation geringer als in den anderen Gruppen.

Ehrenamtliche Tätigkeit

	Es sind in einem Verein oder einer Organisation tätig
	%
Nichtwähler insgesamt	38
Ost	29
West	40
18- bis 29-Jährige	31
30- bis 44-Jährige	43
45- bis 59-Jährige	35
60 Jahre und älter	35
Hauptschule	31
mittlerer Abschluss	35
Abitur, Studium	43
Arbeiter	34
Angestellte	40
Beamte	50
Selbständige	43
SPD-Affine	37
CDU/CSU-Affine	43
sporadische Nichtwähler	40
Wahlverweigerer	33
Dauer-Nichtwähler	30

Von denen, die in einem Verein oder einer Organisation tätig sind, sind 39 Prozent in einem Sportverein tätig. 9 Prozent betätigen sich in ihrer Freizeit in einer kirchlichen Organisation, 6 Prozent in einem Musik- oder Gesangsverein. In anderen Vereinen sind jeweils nur relativ wenige Nichtwähler engagiert.

Zugehörigkeit zu einem Verein oder einer Organisation *)

	Nichtwähler insgesamt
	%
Sportverein	39
kirchliche Organisation	9
Musik-/Gesangsverein	6
Freiwillige Feuerwehr	5
sozialer Verein, z. B. Wohnungslosenhilfe	5
Schützenverein	4
Tierverein	4
DRK	3
Bildung	3
Partei, Politik	3
Wohlfahrtsverein	3
Tierschutzorganisation	2
Altenhilfe	2
Kulturverein	2
Gartenverein	2
Elternbeirat/-initiativen	2
Heimatverein	2
Behinderten-/ Pflegeorganisation	2

*) Basis: Befragte, die in ihrer Freizeit in einem Verein oder einer Organisation tätig sind

4. Mediennutzung

51 Prozent der Nichtwähler geben an, regelmäßig eine Tageszeitung zu lesen. 16 Prozent lesen die BILD-Zeitung oder eine andere Straßenverkaufszeitung. TV-Nachrichten im Fernsehen verfolgen regelmäßig 74 Prozent der Nichtwähler.

Während eine Tageszeitung von den älteren, über 60 Jahre alten Nichtwählern doppelt so häufig gelesen wird wie von den jüngeren, unter 30 Jahre alten, wird die BILD-Zeitung von den jüngeren Nichtwählern häufiger gelesen als von den älteren.

Besonders häufig lesen die Arbeiter unter den Nichtwählern die BILD-Zeitung.

Während Dauer-Nichtwähler sowohl eine Tageszeitung seltener lesen als die Nichtwähler insgesamt als auch die Nachrichten-Sendungen im Fernsehen in geringerem Maße anschauen, wird die BILD-Zeitung in allen Nichtwählergruppen ähnlich häufig gelesen.

Medien-Nutzung

	Es lesen (sehen) regelmäßig		
	eine Tageszeitung	die BILD-Zeitung	TV-Nachrichten
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	51	16	74
Ost	48	16	76
West	52	16	74
18- bis 29-Jährige	34	21	51
30- bis 44-Jährige	42	19	65
45- bis 59-Jährige	48	15	75
60 Jahre und älter	66	14	87
Arbeiter	40	28	66
Angestellte	47	17	71
Beamte	60	18	77
Selbständige	46	9	69
SPD-Affine	55	18	79
CDU/CSU-Affine	61	15	79
sporadische Nichtwähler	52	16	77
Wahlverweigerer	45	17	71
Dauer-Nichtwähler	43	18	65

5. Wahrnehmung politischer Akteure

5.1 Bekanntheit von Mandatsträgern

Die Hälfte der befragten Nichtwähler gibt an zu wissen, wer im Rat ihrer Gemeinde bzw. in der Gemeindevertretung für ihren Wohnbereich zuständig ist. Den für den Wahlkreis zuständigen Landtagsabgeordneten kennen nach eigenen Angaben noch 41 Prozent, den zuständigen Bundestagsabgeordneten 34 Prozent. Einen Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus dem Bundesland kennen 20 Prozent.

Den ostdeutschen Nichtwählern sind die einzelnen Mandatsträger in geringerem Maße bekannt als den westdeutschen.

Den älteren Nichtwählern ist der Mandatsträger in den jeweiligen Parlamenten der verschiedenen Politikebenen häufiger bekannt als den jüngeren Nichtwählern.

Der Bekanntheitsgrad der einzelnen Mandatsträger ist besonders hoch bei den Beamten unter den Nichtwählern.

Nichtwähler mit höherem Einkommen kennen die jeweiligen Mandatsträger in deutlich größerem Maße als die Nichtwähler, deren Einkommen niedrig ist.

Am höchsten ist der Bekanntheitsgrad der einzelnen Mandatsträger bei den Nichtwählern, die regelmäßig eine Tageszeitung lesen. Internet-Nutzer und vor allem regelmäßige Leser der BILD-Zeitung unter den Nichtwählern sind im Ver-

Bekanntheit von Mandatsträgern

	Es kennen den zuständigen			
	Stadtverordneten	Landtagsabgeordneten	Bundestagsabgeordneten	Europaabgeordneten
	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	50	41	34	20
Ost	44	36	28	9
West	52	43	37	24
18- bis 29-Jährige	25	21	19	12
30- bis 44-Jährige	45	35	29	17
45- bis 59-Jährige	54	45	36	20
60 Jahre und älter	55	46	41	24
Arbeiter	53	44	29	19
Angestellte	48	41	35	20
Beamte	58	57	44	27
Selbständige	54	44	36	22
Hauptschule	53	41	30	19
mittlerer Abschluss	49	39	31	17
Abitur, Studium	50	44	40	23
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.000	41	30	22	10
- € 1.000 bis € 2.000	46	38	30	16
- € 2.000 bis € 3.000	51	42	33	24
- € 3.000 und mehr	55	46	45	24
Leser Tageszeitung	62	52	45	25
Seher TV-Nachrichten	52	44	37	22
Internet-Nutzer	49	41	36	21
Leser BILD	50	39	32	18
SPD-Affine	50	45	39	20
CDU/CSU-Affine	58	51	47	24
sporadische Nichtwähler	51	44	36	23
Wahlverweigerer	46	36	32	17
Dauer-Nichtwähler	44	31	21	13

gleich zu den regelmäßigen Lesern einer lokalen Zeitung deutlich seltener darüber informiert, wer sie in den einzelnen Parlamenten vertritt.

CDU/CSU-affine Nichtwähler sind über die jeweiligen Mandatsträger in Bund, Ländern und Kommunen besser informiert als SPD-affine Nichtwähler.

Bekanntheit von Parteimitgliedern

	Es kennen ein Mitglied von					
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grünen	sonstiger *) Partei	keiner Partei
	%	%	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	40	46	13	16	18	35
Ost	37	40	12	11	23	43
West	43	49	13	19	16	31
Arbeiter	34	37	8	11	15	43
Angestellte	40	47	13	16	19	32
Beamte	54	66	23	31	19	20
Selbständige	47	59	25	26	30	24
Politische Selbsteinschätzung:	81	16	67	30	15	85
- Links	42	42	12	20	23	35
- Mitte	42	50	13	16	15	33
- Rechts	34	47	17	14	18	35
SPD-Affine	49	42	13	18	17	34
CDU/CSU-Affine	44	65	15	17	15	27
sporadische Nichtwähler	44	49	14	19	19	31
Wahlverweigerer	37	42	11	16	18	37
Dauer-Nichtwähler	28	34	8	10	9	47

*) Mehrfachnennungen möglich

Die größere Distanz, die Dauer-Nichtwähler zur Politik entwickelt haben, zeigt sich auch bei dem im Vergleich zu den anderen Nichtwählergruppen niedrigen Bekanntheitsgrad der Mandatsträger.

5.2 Bekanntheit von Parteimitgliedern

Insgesamt kennen zwei Drittel aller Nichtwähler eine oder mehrere Personen, die Mitglied in einer Partei sind.

Ostdeutsche Nichtwähler kennen seltener als westdeutsche, Arbeiter unter den Nichtwählern seltener als die anderen Berufsgruppen ein Parteimitglied. Auch von den Dauer-Nichtwählern geben mehr Befragte an, kein Mitglied einer Partei zu kennen als von den sporadischen Nichtwählern oder Wahlverweigerern.

CDU-Mitglieder sind unter Nichtwählern bekannter als SPD-Mitglieder.

5.3 Wahrnehmung des letzten Bundestagswahlkampfs

Gut zwei Drittel (69 %) der Nichtwähler geben an, vor der letzten Bundestagswahl 2009 Broschüren oder andere Wahlkampfmaterialien der Parteien erhalten zu haben. Die Nichtwähler, die Materialien erhalten haben, haben diese hauptsächlich von der SPD (70 %) oder der CDU (66 %) erhalten. 38 Prozent geben an, von der FDP bzw. den Grünen Materialien im Wahlkampf erhalten zu haben. Von der Linkspartei haben 23 Prozent, von der CSU 18 Prozent vor der letzten Bundestagswahl Broschüren oder Wahlillustrierte erhalten.

Wahlspots im Fernsehen haben vor der letzten Bundestagswahl 2009 nach eigenen Angaben noch mehr Nichtwähler (73 %) gesehen. Die Nichtwähler, die Fernsehspots gesehen haben, geben hauptsächlich an, Spots der Union (94 %) oder der SPD (70 %) gesehen zu haben. Wahlspots der Grünen haben 48 Prozent, der FDP 45 Prozent und der Linkspartei 29 Prozent der Nichtwähler im Fernsehen gesehen.

Dass sie die Debatte der beiden Kanzlerkandidaten Merkel und Steinmeier 2009 vor der Wahl im Fernsehen gesehen haben, sagen 47 Prozent derjenigen, die nach ihren Angaben bei der letzten Bundestagswahl 1998, 2002, 2005 oder 2009 nicht gewählt haben, bzw. 2013 nicht zur Wahl gehen wollen.

Nur wenige Nichtwähler haben eine Wahlveranstaltung besucht bzw. sind zu Hause von einem Kandidaten bzw. einem Mitglied einer Partei besucht worden.

Da von den jüngeren Nichtwählern einige 2009 noch nicht wahlberechtigt waren, ist der Anteil derer, die den Wahlkampf 2009 wahrgenommen haben, in dieser Gruppe geringer als in den anderen Altersgruppen.

Nichtwähler, die den Wahlen keine hohe Bedeutung beimessen, haben auch 2009 in geringerem Maße als diejenigen, die in Wahlen etwas Besonderes sehen, den Wahlkampf wahrgenommen.

Die Gruppe der Dauer-Nichtwähler hat 2009 den Wahlkampf zur Bundestagswahl ebenfalls in geringerem Maße wahrgenommen als die anderen Nichtwählergruppen.

Wahrnehmung des Wahlkampfs 2009

	Es haben 2009				
	Wahlkampf materialien erhalten	Wahl-spots im Fernsehen gesehen	die Fernseh-debatte der Kanzler-kandidaten gesehen	eine Wahl-veran-staltung besucht	Besuch einer Partei zu Hause erhalten
	%	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	69	73	47	4	6
Ost	67	76	49	5	3
West	70	71	47	4	8
18- bis 29-Jährige	54	64	37	6	5
30- bis 44-Jährige	64	70	42	3	6
45- bis 59-Jährige	73	75	43	5	6
60 Jahre und älter	72	75	60	6	7
Arbeiter	70	70	36	3	5
Angestellte	68	74	44	5	6
Beamte	68	79	51	8	8
Selbständige	73	68	49	5	9
Leser Tageszeitung	74	75	53	6	8
Seher TV-Nachrichten	71	79	55	5	7
Leser BILD	66	73	51	2	8
Wahlen:					
- hohes Gut	71	75	51	5	7
- nicht so wichtig	62	66	36	3	4
SPD-Affine	71	77	52	5	7
CDU/CSU-Affine	75	78	55	4	10
sporadische Nichtwähler	70	74	50	6	7
Wahlverweigerer	67	72	44	5	5
Dauer-Nichtwähler	62	61	37	3	5

6. Wahlen

6.1 Interesse an Wahlen

In der Bedeutungshierarchie der einzelnen Wahlen rangiert die Bundestagswahl seit jeher an erster Stelle. Das ist auch bei den Nichtwählern nicht anders: Auch sie geben an, sich am ehesten für die Bundestagswahl zu interessieren. Es folgt auf Rang 2 die Kommunalwahl, während Landtagswahlen auf das geringste Interesse stoßen.

Das Interesse an Bundestagswahlen ist bei den ostdeutschen Nichtwählern geringer als bei den westdeutschen. Arbeiter und Hauptschüler interessieren sich für Bundestagswahlen in geringerem Maße als die anderen Berufs- bzw. Bildungsgruppen. Niedriger als im Durchschnitt aller Nichtwähler ist das Interesse an Bundestagswahlen auch bei denen, die mit der Demokratie nicht zufrieden sind und die Wahlen keine hohe Bedeutung beimessen.

SPD-affine Nichtwähler interessieren sich für Bundestagswahlen etwas weniger häufig als CDU/CSU-affine Nichtwähler.

Von den sporadischen Nichtwählern interessieren sich 53 Prozent am stärksten für eine Bundestagswahl, von den Dauer-Nichtwählern nur 30 Prozent.

Diese Unterschiede im Interesse an einer Bundestagswahl finden sich so nicht beim Interesse an Landtags- und vor allem Kommunalwahlen.

Interesse an Wahlen

	Es interessieren sich am meisten für		
	Bundestags-wahlen	Landtags-wahlen	Kommunal-*) wahlen
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	46	17	24
Ost	40	17	28
West	49	17	23
18- bis 29-Jährige	53	16	18
30- bis 44-Jährige	45	18	24
45- bis 59-Jährige	43	18	26
60 Jahre und älter	48	15	23
Arbeiter	36	20	30
Angestellte	47	19	25
Beamte	52	18	21
Selbständige	54	13	19
Hauptschule	38	18	27
mittlerer Abschluss	41	18	27
Abitur, Studium	56	15	20
Interesse am Geschehen:			
- in Deutschland	57	16	20
- im Bundesland	47	20	25
- in der Kommune	42	19	30
Zufriedenheit mit Demokratie:			
- ja	49	17	24
- nein	39	16	25
Wahlen:			
- hohes Gut	51	18	23
- nicht so wichtig	32	12	27
SPD-Affine	48	19	25
CDU/CSU-Affine	52	17	25
sporadische Nichtwähler	53	18	21
Wahlverweigerer	45	17	25
Dauer-Nichtwähler	30	12	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Angabe“

Das Interesse an Kommunalwahlen ist sogar bei den Ostdeutschen, den Arbeitern, den Nichtwählern, denen Wahlen an sich nicht so wichtig sind sowie den Dauer-Nichtwählern größer als bei den anderen Gruppen.

Trotz dieses großen Interesses am kommunalen politischen Geschehen ist die Wahlenthaltung bei lokalen Wahlen noch höher als bei Wahlen auf Landes- bzw. Bundesebene – ein Phänomen, dem gesondert nachgegangen werden müsste, um die Gründe für diese Diskrepanz aufzudecken.

6.2 Wahlbeteiligung bei vergangenen Landtags- und Kommunalwahlen

Dass sie sich an der letzten Landtags- bzw. Kommunalwahl beteiligt haben, behaupten 56 bzw. 57 Prozent aller Nichtwähler, obwohl viele von denen, die dies angeben, in Wirklichkeit nicht zur Wahl gegangen sind.

Dies ist zum einen ein Hinweis darauf, dass „Wählen gehen" in Deutschland noch immer einen normativen Charakter besitzt, so dass viele Nichtwähler sich selbst nicht zugestehen, nicht zur Wahl gegangen zu sein bzw. auch vor Wahlen nicht sagen, dass sie nicht zur Wahl gehen wollen.

Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen

	Es haben sich beteiligt an der letzten	
	Landtagswahl	Kommunalwahl
	%	%
Nichtwähler insgesamt	56	57
Ost	52	56
West	58	58
SPD-Affine	64	65
CDU/CSU-Affine	68	69
sporadische Nichtwähler	69	68
Wahlverweigerer	44	44
Dauer-Nichtwähler	18	25

Zum anderen kann das auch als Indiz dafür gewertet werden, dass sich viele Nichtwähler in ihrem eigenen Selbstverständnis durchaus noch als Wähler fühlen und deshalb auch angeben, sich bei den letzten Wahlen auf Landes- und kommunaler Ebene beteiligt zu haben.

Allerdings ist der Anteil der Wahlverweigerer und vor allem der Dauer-Nichtwähler, die sagen, sie hätten sich an den letzten Wahlen beteiligt, deutlich niedriger als der Anteil bei den sporadischen Nichtwählern.

6.3 Bekanntheit des Termins der Bundestagswahl

Über die Hälfte der befragten Nichtwähler (55 %) weiß, wann die nächste Bundestagswahl stattfindet. Dies ist rund ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ein recht hoher Wert, zumal wenn man bedenkt, dass bei den meisten Landtagswahlen noch 3 Monate vor der Wahl die große Mehrheit aller Wahlberechtigten den Wahltermin nicht nennen kann.

Der im Verhältnis dazu recht hohe Bekanntheitsgrad der nächsten Bundestagswahl unter den Nichtwählern ist insofern ein weiterer Hinweis darauf, dass viele Nichtwähler durchaus noch Interesse am politischen Geschehen haben und z.T. auch darüber nachdenken, sich vielleicht doch wieder einmal an Wahlen zu beteiligen.

Bekanntheitsdefizite finden sich vor allem bei den jüngeren Nichtwählern, die sich zwar für das Geschehen vor Ort, in Deutschland und der Welt generell, nicht jedoch für das politische Geschehen im engeren Sinne interessieren. Defizite finden sich in überdurchschnittlichem Maße aber auch bei den Arbeitern, den Hauptschulabsolventen, denjenigen Nichtwählern, die Wahlen keine hohe Bedeutung beimessen, den Dauer-Nichtwählern und den Nichtwählern, die regelmäßig die BILD-Zeitung lesen.

Bekanntheit Bundestagswahl

	Es wissen, wann die nächste Bundestagswahl stattfindet
	%
Nichtwähler insgesamt	55
Ost	54
West	55
18- bis 29-Jährige	34
30- bis 44-Jährige	44
45- bis 59-Jährige	54
60 Jahre und älter	70
Arbeiter	45
Angestellte	51
Beamte	75
Selbständige	60
Hauptschule	47
mittlerer Abschluss	50
Abitur, Studium	64
Leser Tageszeitung	60
Seher TV-Nachrichten	60
Leser BILD	46
Wahlen:	
- hohes Gut	58
- nicht so wichtig	44
SPD-Affine	60
CDU/CSU-Affine	66
sporadische Nichtwähler	58
Wahlverweigerer	52
Dauer-Nichtwähler	39

Wahlbereitschaft

	Es wollen sich beteiligen an der nächsten		
	Bundestags-wahl	Landtags-wahl	Europa-wahl
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	51	46	23
Ost	45	41	20
West	53	48	25
Arbeiter	40	39	16
Angestellte	53	48	25
Beamte	70	63	27
Selbständige	56	52	27
Hauptschule	41	39	17
mittlerer Abschluss	46	42	21
Abitur, Studium	60	55	30
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	41	37	20
- € 1.000 bis € 2.000	48	43	21
- € 2.000 bis € 3.000	52	48	23
- € 3.000 und mehr	58	53	28
Zufriedenheit mit Demokratie:			
- ja	56	52	26
- nein	37	33	18
Wahlen:			
- hohes Gut	62	56	29
- nicht so wichtig	14	13	6
SPD-Affine	59	53	25
CDU/CSU-Affine	61	59	30
sporadische Nichtwähler	65	59	31
Wahlverweigerer	40	34	17
Dauer-Nichtwähler	16	16	7

6.4 Wahlbereitschaft

Rund die Hälfte der Nichtwähler gibt an, sich sowohl an der nächsten Bundestags- als auch an der nächsten Landtagswahl beteiligen zu wollen. Lediglich das Interesse an der kommenden Europawahl ist – wie auch die Wahlbeteiligungsraten bei den letzten Europawahlen zeigen – deutlich geringer.

Entfernung des Wahllokals

	Von ihrer Wohnung bis zum Wahllokal benötigen zu Fuß bis zu			
	5 Minuten	10 Minuten	15 oder mehr Minuten	weiß nicht
	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	49	28	19	4
Ost	47	29	19	5
West	50	27	19	4
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.000	40	28	27	5
- € 1.000 bis € 2.000	46	30	20	4
- € 2.000 bis € 3.000	51	27	19	3
- € 3.000 und mehr	54	28	16	2
SPD-Affine	49	32	16	3
CDU/CSU-Affine	48	28	22	2
sporadische Nichtwähler	53	27	17	3
Wahlverweigerer	44	30	23	3
Dauer-Nichtwähler	45	26	22	7

6.5 Wahllokal

Für fast die Hälfte aller Nichtwähler (49 %) ist der Gang zum Wahllokal nach eigener Einschätzung nicht sehr weit: er beträgt zu Fuß bis zu 5 Minuten. Weitere 28 Prozent benötigen maximal 10 Minuten, um von ihrer Wohnung zum Wahllokal zu gelangen.

Diese Einschätzung unterscheidet sich in den einzelnen Nichtwählergruppen nur in Nuancen.

Wenn Bezieher höherer Einkommen den Weg zum Wahllokal als weniger lang einschätzen als Bezieher niedriger Einkommen, dürfte das damit zusammenhängen, dass sie auch in eher privilegierten Wohngegenden leben.

Verlegung des Wahllokals

	Das Wahllokal war in den letzten 10 Jahren immer an derselben Stelle		
	ja	nein, Weg ist gleich geblieben	nein, Weg ist weiter geworden *)
	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	67	8	4
sporadische Nichtwähler	66	10	4
Wahlverweigerer	66	7	3
Dauer-Nichtwähler	67	4	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht" bzw. „bin umgezogen"

Bei der Mehrheit (67 %) der befragten Nichtwähler war das Wahllokal in den letzten zehn Jahren immer an derselben Stelle.

Nur bei wenigen Befragten wurde der Standort des Wahllokals geändert – für 8 Prozent ist er nun kürzer oder gleich lang, für 4 Prozent allerdings länger.

6.6 Wahlverfahren

Die Mehrheit der Nichtwähler von 66 Prozent gibt an, dass sich ihrer Einschätzung nach das Wahlverfahren bei Landtags- bzw. Kommunalwahlen in den letzten Jahren nicht geändert hat. 10 Prozent meinen, das Wahlverfahren habe sich geändert, ohne dass es zu größeren Schwierigkeiten gekommen ist. Weitere 4 Prozent sagen, das Wahlverfahren habe sich geändert und dadurch sei die Wahl auch komplizierter geworden.

Bemerkenswerterweise sagen von den Nichtwählern in Hessen, wo das Wahlverfahren auf kommunaler Ebene in den letzten Jahren laufend radikal geändert wurde, 18 Prozent (also viermal so viel als in den anderen Ländern), dass die Wahl durch die Änderung des Wahlverfahrens komplizierter geworden sei.

Die meisten Nichtwähler (83 %) haben – sofern sie in der Vergangenheit gewählt haben – ihre Stimme im Wahllokal abgegeben.

Änderung des Wahlverfahrens bei Kommunal- und Landtagswahlen

	Das Wahlverfahren bei Landtags- bzw. Kommunalwahlen hat sich in den letzten Jahren geändert			
	nein	ja, ohne größere Schwierigkeiten	ja, mit größeren Schwierigkeiten	weiß nicht
	%	%	%	%
Nichtwähler insgesamt	66	10	4	20
Hessen	50	12	18	20
sporadische Nichtwähler	70	11	5	14
Wahlverweigerer	62	9	4	25
Dauer-Nichtwähler	52	6	4	38

7. Politische Prioritäten

Die Nichtwähler haben – wie auch die Wähler insgesamt in Deutschland – eine ausgeprägte Prioritäts-Hierarchie in Bezug auf die verschiedenen Problembereiche.

Von allen Nichtwählern halten 83 Prozent ein gutes Schul- und Bildungssystem für sehr wichtig. Es folgen mit jeweils 68 Prozent ein gutes Gesundheitssystem sowie die Sicherung der Altersversorgung.

Eine hohe Priorität räumen die Nichtwähler auch allen Problemen aus dem Bereich der Ökonomie ein: 63 Prozent halten die Sicherung der Arbeitsplätze, 52 Prozent die Sicherung der Geldwertstabilität für besonders wichtig. Dass das Wirtschaftswachstum an sich sehr wichtig sei, das glauben allerdings relativ wenige Nichtwähler (29 %).

Relativ niedrige Priorität besitzt in der Einschätzung der Nichtwähler auch ein Projekt, dem die deutsche Politik derzeit die höchste Bedeutung beimisst: die Energiewende. Den Ausstieg aus der Kernenergie und den Einstieg in die erneuerbaren Energien halten nur 21 Prozent aller Nichtwähler für sehr wichtig. Die Energiewende hat somit für die Nichtwähler die geringste Priorität. Viel wichtiger halten die Nichtwähler dagegen die Frage, ob die Versorgung mit Energie generell (sowohl was die Sicherheit als auch die Bezahlbarkeit von Energie anbelangt) auch zukünftig sichergestellt sei (das halten 54 Prozent der Nichtwähler für sehr wichtig).

Politische Prioritäten

Es ist sehr wichtig:	Nichtwähler insgesamt	Dauer-Nichtwähler	SPD-Affine	CDU/CSU-Affine
	%	%	%	%
Gutes Schul- und Bildungssystem	83	76	83	86
Gutes Gesundheits-system	68	73	64	69
Sicherung der Altersversorgung	68	67	69	69
Sicherung der Arbeitsplätze	63	64	64	62
Sicherung der Geldwertstabilität	52	50	53	62
Förderung von Wirtschaftswachstum	29	32	27	33
Sicherung der Energieversorgung	54	58	55	58
Energiewende	21	22	21	17
Gesetzlicher Mindest-lohn	49	50	55	39
Einführung einer Reichensteuer	36	41	34	28
Lösung der Euro-Krise	50	46	50	55
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	43	43	41	38

Bei „Umverteilungsthemen" rangiert bei den Nichtwählern der Mindestlohn mit 49 Prozent klar vor einer stärkeren Belastung der „Reichen" durch einen höheren Spitzensteuersatz oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder einer Vermögensabgabe.

Die Lösung der Euro-Krise halten 50 Prozent, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie 43 Prozent für wichtig.

Die Einschätzung der Problem-Prioritäten unterscheidet sich bei den Dauer-Nichtwählern nicht wesentlich von der der Nichtwähler insgesamt. Etwas häu-

figer wird von den Dauer-Nichtwählern die sichere Energieversorgung und die Einführung einer „Reichensteuer“ für wichtig gehalten.

Gewisse Unterschiede zeigen sich zwischen den Nichtwählern mit Affinität zur SPD bzw. zur Union. So ist für die SPD-affinen Nichtwähler die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die höhere steuerliche Belastung der oberen Einkommens- und Vermögensgruppen wichtiger als für die CDU/CSU-affinen Nichtwähler. Nichtwähler mit Affinität zur Union halten dafür ein gutes Schul- und Bildungssystem, ein gutes Gesundheitssystem, die Sicherung der Geldwertstabilität, die Förderung von Wirtschaftswachstum, die Sicherung der Energieversorgung sowie die Lösung der Euro-Krise für wichtiger als die SPD-affinen Nichtwähler.

8. Werte und Parteien

Die SPD wird von den Nichtwählern häufiger als die anderen Parteien mit den Werten ‚Solidarität', ‚Gleichberechtigung' und ‚Gerechtigkeit' in Verbindung gebracht.

Die Union steht nach Meinung der Nichtwähler vor allem für ‚Sicherheit' (sowohl die innere als auch die äußere) sowie ‚Freiheit'.

Häufiger als die beiden großen Parteien stehen nach Meinung der Nichtwähler die Grünen für den Wert ‚Toleranz'.

Bei den Dauer-Nichtwählern ist der Anteil derer, die die verschiedenen Werte mit keiner Partei verbinden, deutlich höher als im Durchschnitt aller Nichtwähler.

Wertmuster: Nichtwähler insgesamt

	Mit dem jeweiligen Wert wird verbunden					
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grünen	Linke	keine *) Partei
	%	%	%	%	%	%
Solidarität	38	14	2	6	11	28
Gleichberechtigung	27	13	3	19	7	29
Gerechtigkeit	25	16	2	6	8	41
Durchschnitt „Gerechtigkeit“	**30**	**14**	**3**	**10**	**9**	**33**
Sicherung des Friedens	16	32	1	12	6	33
innere Sicherheit	15	47	1	2	2	32
Durchschnitt „Sicherheit“	16	40	1	7	4	32
Freiheit	16	26	8	8	4	33
Toleranz	19	13	6	22	4	33
Durchschnitt „Freiheit“	**18**	**20**	**7**	**15**	**4**	**33**

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Partei“

Wertmuster: Dauer-Nichtwähler

	Mit dem jeweiligen Wert wird verbunden					
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grünen	Linke	keine *) Partei
	%	%	%	%	%	%
Solidarität	27	13	2	6	7	45
Gleichberechtigung	22	9	3	13	5	46
Gerechtigkeit	20	11	2	4	6	56
Durchschnitt „Gerechtigkeit“	**23**	**11**	**2**	**8**	**6**	**49**
Sicherung des Friedens	13	23	1	11	4	47
innere Sicherheit	13	33	2	3	2	47
Durchschnitt „Sicherheit“	**13**	**28**	**2**	**7**	**3**	**47**
Freiheit	13	19	5	6	3	52
Toleranz	17	8	4	15	3	50
Durchschnitt „Freiheit“	**15**	**14**	**5**	**11**	**3**	**51**

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Partei“

Wertmuster: SPD-Affine

	Mit dem jeweiligen Wert wird verbunden						
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grünen	Linke	keine *) Partei	
	%	%	%	%	%	%	
Solidarität	55	10	1	4	10	19	
Gleichberechtigung	41	10	2	19	6	21	
Gerechtigkeit	42	9	1	7	8	3	2
Durchschnitt „Gerechtigkeit“	**46**	**10**	**1**	**10**	**8**	**24**	
Sicherung des Friedens	33	23	0	13	5	26	
innere Sicherheit	29	41	1	2	1	24	
Durchschnitt „Sicherheit“	**31**	**32**	**1**	**8**	**3**	**25**	
Freiheit	35	19	6	10	2	24	
Toleranz	33	6	5	24	3	26	
Durchschnitt „Freiheit“	**34**	**13**	**5**	**17**	**3**	**25**	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Partei“

Die Werte ‚Solidarität‘, ‚Gleichberechtigung‘ und ‚Gerechtigkeit‘ sowie ‚Freiheit‘ und ‚Toleranz‘ werden von den SPD-affinen Nichtwählern häufiger mit der SPD verbunden als vom Durchschnitt aller Nichtwähler. Die Werte ‚Sicherung des Friedens‘ bzw. ‚Sicherheit‘ werden zwar auch überdurchschnittlich häufig der SPD zugeschrieben, allerdings sehen ähnlich viele diese Werte auch von der CDU/CSU vertreten.

Wertmuster: CDU/CSU-Affine

	Mit dem jeweiligen Wert wird verbunden						
	SPD	CDU/CSU	FDP	Grünen	Linke	keine *) Partei	
	%	%	%	%	%	%	
Solidarität	37	28	2	5	7	20	
Gleichberechtigung	23	29	2	14	5	26	
Gerechtigkeit	19	37	3	4	3	35	
Durchschnitt „Gerechtigkeit“	**26**	**31**	**2**	**8**	**5**	**27**	
Sicherung des Friedens	8	55	2	10	3	22	
innere Sicherheit	8	7	0	1	0	2	0
Durchschnitt „Sicherheit“	**8**	**6**	**2**	**6**	**2**	**2**	**1**
Freiheit	7	50	10	4	2	22	
Toleranz	15	27	6	17	2	30	
Durchschnitt „Freiheit“	**11**	**39**	**8**	**11**	**2**	**26**	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Partei“

Die CDU/CSU-affinen Nichtwähler sprechen der Union alle Werte in überdurchschnittlichem Maße zu. Ähnlich hoch wie im Durchschnitt aller Nichtwähler fällt die durchschnittliche Beurteilung der Werte ‚Gerechtigkeit‘ für die SPD aus; allerdings verbinden die Union-affinen Nichtwähler auch überdurchschnittlich häufig „ihre“ Partei mit den Werten ‚Solidarität‘, ‚Gleichberechtigung‘ und ‚Gerechtigkeit‘.

9. Politische Selbsteinschätzung

Lässt man die Nichtwähler sich selbst im politischen Spektrum anhand einer Skala von 1 (= „links“) bis 10 (= „rechts“) „verorten“, dann zeigt sich, dass die meisten Nichtwähler nicht am linken oder rechten Rand, sondern in der politischen Mitte zu finden sind.

Die politische Selbsteinschätzung der einzelnen Nichtwählergruppen unterscheidet sich dabei nur in Nuancen.

Von den CDU/CSU-affinen Nichtwählern ordnen sich mit 63 Prozent mehr der politischen Mitte zu als von den SPD-affinen (48 %).

Politische Selbsteinschätzung *)

	Links	Mitte	Rechts **)	Mittelwert ***)
	%	%	%	
Nichtwähler insgesamt	30	51	13	4.8
Ost	34	49	10	4.6
West	30	52	13	4.9
18- bis 29-Jährige	34	51	11	4.7
30- bis 44-Jährige	33	50	14	4.8
45- bis 59-Jährige	33	51	11	4.8
60 Jahre und älter	27	53	13	4.9
Arbeiter	33	50	13	4.9
Angestellte	34	50	11	4.8
Beamte	40	40	16	4.9
Selbständige	28	48	17	5.1
SPD-Affine	39	48	7	4.5
CDU/CSU-Affine	12	63	21	5.5
sporadische Nichtwähler	33	50	11	4.8
Wahlverweigerer	31	49	12	4.8
Dauer-Nichtwähler	22	54	12	5.0

*) ermittelt anhand einer Skala von 1 (= links) bis 10 (= rechts);
Links = Skalenwerte von 1 bis 4
Mitte = Skalenwerte von 5 bis 6
Rechts = Skalenwerte von 7 bis 10

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

***) dargestellt ist jeweils der Mittelwert

10. Wahlabstinenz: Ursachen und Gründe

34 Prozent der Nichtwähler geben an, dass sie schon einmal dadurch veranlasst wurden, nicht zu einer Wahl zu gehen, weil die Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute haben. Dass es den Politikern nur um die eigene politische Karriere geht, war für 31 Prozent ein Grund, einer Wahl fernzubleiben. Unzufriedenheit mit dem ganzen politischen System war für 24 Prozent, eine fehlende Unterscheidbarkeit der Parteien für 21 Prozent ein Grund, sich nicht an einer Wahl zu beteiligen. Dass man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann und es sich daher nicht lohne, zur Wahl zu gehen, meinen ebenfalls 21 Prozent. Unzufriedenheit mit den Programmen der Parteien war für 18 Prozent, Unzufriedenheit mit den Kandidaten der Parteien für 16 Prozent die Ursache dafür, nicht zu wählen. 13 Prozent konnten sich zwischen den einzelnen Parteien nicht entscheiden.

Aufgrund von Krankheit oder Urlaub waren 14 Prozent, durch den Beruf 11 Prozent nach eigenen Angaben daran gehindert, sich an einer Wahl zu beteiligen.

Unmut über die politischen Akteure (in erster Linie das Gefühl, mit den eigenen Sorgen, Ängsten und Nöten von der Politik nicht mehr ernst genommen zu werden) und Unzufriedenheit mit dem programmatischen und personellen Angebot der Parteien sind nach diesen Befunden die wichtigsten Ursachen für die Entscheidung, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen.

Hürden, die durch das Wahlsystem oder die Wahlorganisation (Lage des Wahllokals, etc.) bedingt sind, sowie persönliche Gründe (Beruf, Urlaub, Krankheit, etc.) spielen im Vergleich dazu eine eher weniger wichtige Rolle.

Gründe für die Wahlabstinenz /

	insgesamt	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	
Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute	34	26	30	39	33
Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere	31	27	27	34	32
Ich bin mit dem ganzen politischen System so unzufrieden, dass ich nicht zur Wahl gehe	24	15	22	27	24
Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander	21	14	19	23	22
Es lohnt sich nicht zur Wahl zu gehen, weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann	21	17	20	22	22
Keine Partei vertritt meine Interessen	20	13	18	23	19
Die Programme der Parteien gefielen mir nicht	18	15	17	20	18
Die Kandidaten der Parteien haben mir nicht gefallen	16	15	14	18	15
Ich war am Wahltag krank oder im Urlaub	14	21	19	13	10
Ich konnte mich zwischen den einzelnen Parteien nicht entscheiden	13	14	12	15	12
Ich war durch meinen Beruf und meine Arbeit daran gehindert, an der Wahl teilzunehmen	11	22	16	11	4
Das Wahlsystem ist mir zu kompliziert	5	7	4	5	5
In den Meinungsumfragen hatte meine normalerweise gewählte Partei keine Chance	4	6	3	4	4
Meine normalerweise gewählte Partei lag in den Meinungsumfragen so weit vorn, dass es auf meine Stimme nicht mehr ankam	4	5	4	3	3
Das Wetter war so schlecht, so dass man nicht zum Wahllokal kommen konnte	1	3	2	1	1
Der Weg zum Wahllokal war mir zu weit	1	2	1	1	1

Gründe für die Wahlabstinenz //

	insgesamt	SPD-Affine	CDU/ CSU-Affine
	%	%	%
Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute	34	32	25
Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere	31	29	23
Ich bin mit dem ganzen politischen System so unzufrieden, dass ich nicht zur Wahl gehe	24	20	17
Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander	21	22	16
Es lohnt sich nicht zur Wahl zu gehen, weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann	21	17	14
Keine Partei vertritt meine Interessen	20	19	15
Die Programme der Parteien gefielen mir nicht	18	20	15
Die Kandidaten der Parteien haben mir nicht gefallen	16	15	13
Ich war am Wahltag krank oder im Urlaub	14	17	11
Ich konnte mich zwischen den einzelnen Parteien nicht entscheiden	13	13	11
Ich war durch meinen Beruf und meine Arbeit daran gehindert, an der Wahl teilzunehmen	11	8	9
Das Wahlsystem ist mir zu kompliziert	5	4	3
In den Meinungsumfragen hatte meine normalerweise gewählte Partei keine Chance	4	4	1
Meine normalerweise gewählte Partei lag in den Meinungsumfragen so weit vorn, dass es auf meine Stimme nicht mehr ankam	4	3	3
Das Wetter war so schlecht, so dass man nicht zum Wahllokal kommen konnte	1	2	1
Der Weg zum Wahllokal war mir zu weit	1	1	0

Von den jüngeren Nichtwählern werden allerdings persönliche Gründe häufiger angeführt als von den älteren.

Dass die Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute haben bzw. dass es den Politikern nur um die eigene politische Karriere geht, meinen SPD-affine Nichtwähler häufiger als CDU/CSU-affine. Außerdem geben die SPD-affinen Nichtwähler häufiger als die Union-affinen an, dass ihnen die Programme der Parteien nicht gefallen haben.

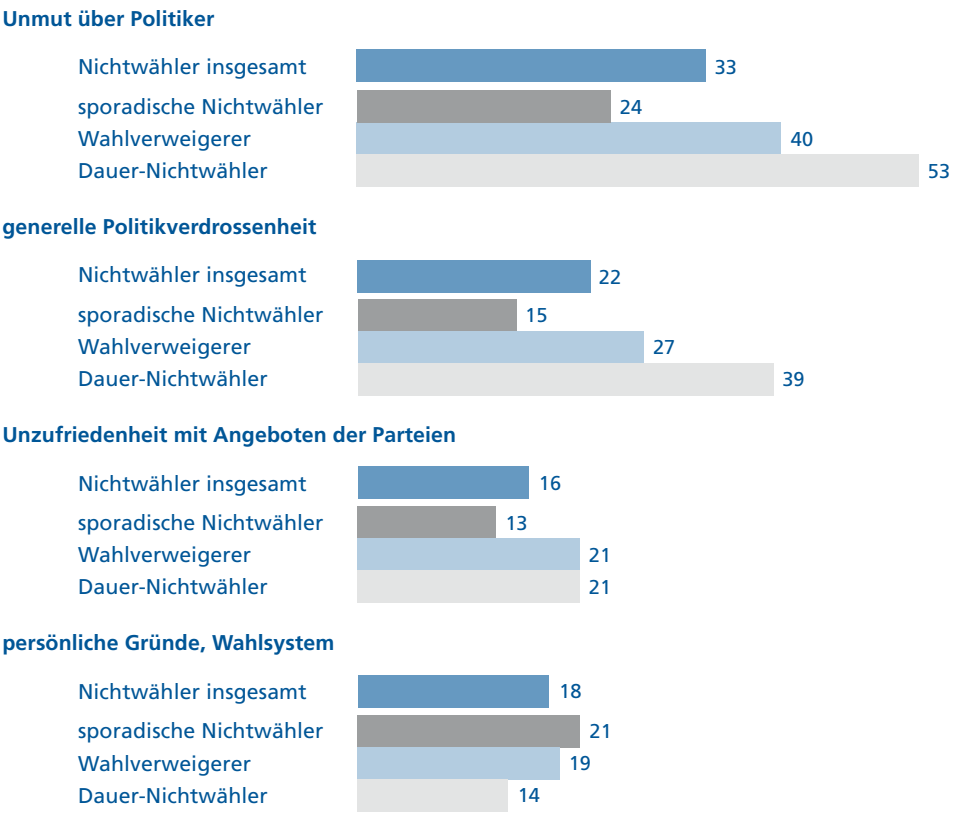
Gründe für die Wahlabstinenz ///

	insgesamt	sporadische Nichtwähler	Wahlverweigerer	Dauer-Nichtwähler
	%	%	%	%
Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute	34	25	42	54
Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere	31	23	37	51
Ich bin mit dem ganzen politischen System so unzufrieden, dass ich nicht zur Wahl gehe	24	16	50	46
Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander	21	16	28	32
Es lohnt sich nicht zur Wahl zu gehen, weil man mit seiner Stimme ohnehin nichts bewirken kann	21	14	26	43
Keine Partei vertritt meine Interessen	20	14	25	35
Die Programme der Parteien gefielen mir nicht	18	15	22	25
Die Kandidaten der Parteien haben mir nicht gefallen	16	12	23	20
Ich war am Wahltag krank oder im Urlaub	14	17	14	9
Ich konnte mich zwischen den einzelnen Parteien nicht entscheiden	13	11	17	17
Ich war durch meinen Beruf und meine Arbeit daran gehindert, an der Wahl teilzunehmen	11	12	14	8
Das Wahlsystem ist mir zu kompliziert	5	4	6	9
In den Meinungsumfragen hatte meine normalerweise gewählte Partei keine Chance	4	3	4	6
Meine normalerweise gewählte Partei lag in den Meinungsumfragen so weit vorn, dass es auf meine Stimme nicht mehr ankam	4	3	5	5
Das Wetter war so schlecht, so dass man nicht zum Wahllokal kommen konnte	1	2	1	2
Der Weg zum Wahllokal war mir zu weit	1	1	2	2

Bündelt man die verschiedenen genannten Motive mit Hilfe einer Faktorenanalyse ergeben sich vier Motiv-Dimensionen: Unmut über Politiker, eine generelle Politikverdrossenheit, Unzufriedenheit mit den Angeboten der Parteien und persönliche Motive.

Auch bei dieser Bündelung bestätigt sich, dass – vor allem für die Gruppe der Dauer-Nichtwähler – die Unzufriedenheit mit der praktizierten Politik und eine Distanz zur Politik die entscheidenden Motive für die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, sind.

Motive der Nichtwähler



11. Erhöhung der Wahlbereitschaft

Den befragten Nichtwählern wurden auch 16 Vorschläge vorgelegt, die zu einer Erhöhung der Wahlbereitschaft beitragen könnten. Zu jeder dieser Aussagen wurden sie um eine Einschätzung gebeten, ob dadurch die Wahlbereitschaft der Bürger erhöht werden könne oder nicht.

Die große Mehrheit der Nichtwähler (87 %) ist der Ansicht, dass die Wahlbereitschaft dadurch erhöht werden könnte, dass die Politiker wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen haben. Wenn die SPD sich wieder mehr um die kleinen Leute kümmere bzw. wieder etwas für die mittleren Schichten der Gesellschaft tue, dann könnte nach Meinung von jeweils 72 Prozent die Motivation zum Wählen wieder größer werden. 69 Prozent erhoffen sich dadurch eine höhere Wahlbeteiligung, dass sich die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD in wichtigen Fragen einigen und nicht immer gegeneinander kämpfen. Ebenso viele wünschen sich aber auch, dass die Parteien wieder klarer unterscheidbar würden.

Ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Parteien, wo es auf jede Stimme ankommt, würde bei 56 Prozent der Nichtwähler die Wahlbereitschaft erhöhen. Eine modernere und zukunftsorientiertere CDU bzw. eine SPD mit mehr ökonomischer Kompetenz als heute hätte für 54 bzw. 51 Prozent der Nichtwähler positive Auswirkungen auf die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Wahl.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Faktoren, die zur Erhöhung der Wahlbeteiligung führen könnten, durch die Nichtwähler zeigt sich wie schon bei den Antworten auf die Frage nach den Gründen für die Wahlabstinenz, dass die

Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern derzeit das Haupthindernis für eine höhere Beteiligung an Wahlen ist.

SPD-affine Nichtwähler meinen häufiger als CDU/CSU-affine Nichtwähler, dass die Hinwendung der SPD zu den unteren bzw. mittleren Schichten der Wahlbevölkerung, eine Stärkung der ökonomischen Kompetenz der SPD und eine Innovationspolitik wie von Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder wieder mehr Wähler zur Wahl motivieren würde.

CDU/CSU-affine Nichtwähler glauben häufiger als SPD-affine, dass eine moderne und zukunftsorientierte CDU, eine stärkere Abgrenzung der Union von den Grünen sowie eine Besinnung der CDU auf ihre Kernwerte die Mobilisierung von Wählern erleichtern könnte.

Die Antworten der Dauer-Nichtwähler verdeutlichen nochmals den Graben, der zwischen den politischen Akteuren und vielen Wahlbürgern entstanden ist. Von den Dauer-Nichtwählern werden die meisten möglichen Faktoren zur Erhöhung der Wahlbereitschaft distanzierter und kritischer gewertet als von den Nichtwählern insgesamt.

Erhöhung der Wahlbereitschaft I

Es würde die Bereitschaft, wählen zu gehen erhöhen, wenn …	insgesamt	SPD-Affine	CDU/ CSU-Affine
	%	%	%
die Politiker wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen haben	87	92	91
die SPD sich wieder mehr um die kleinen Leute kümmert	72	86	64
die SPD wieder etwas für die mittleren Schichten der Gesellschaft tut	72	80	70
CDU/CSU und SPD sich in wichtigen Fragen einigen und nicht immer gegeneinander kämpfen würden	69	72	79
die Parteien wieder klarer unterscheidbar würden	69	74	78
es zwischen den Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt und es auf jede Stimme ankommt	56	63	65
die CDU moderner und zukunftsorientierter würde	54	54	69
die SPD wieder mehr ökonomische Kompetenz besitzt	51	63	46
die SPD die Gesellschaft wieder wie zu Zeiten von Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder modernisieren und erneuern will	51	66	43
ich einen Kandidaten ganz besonders sympathisch fände	41	45	47
die SPD sich endgültig von der Schröderschen Politik verabschiedet	39	42	44
die beiden großen Parteien CDU und SPD sich wieder klarer und stärker von den Grünen abgrenzen würden	34	31	49
die beiden großen Parteien CDU und SPD mehr Ziele und Vorstellungen von den Grünen übernehmen würden	33	41	29
wenn auch mit der Linkspartei Bündnisse geschlossen würden	29	33	16
die CDU wieder mehr für christliche und konservative Werte stehen würde	27	24	47
eine Partei in den Umfragen so weit hinten liegt, dass man Mitleid mit ihr bekommt	5	4	6

Erhöhung der Wahlbereitschaft II

Es würde die Bereitschaft, wählen zu gehen erhöhen, wenn...	insgesamt	sporadische Nichtwähler	Wahlver-weigerer	Dauer-Nichtwähler
	%	%	%	
die Politiker wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgenund Nöte der Menschen haben	87	88	89	77
die SPD sich wieder mehr um die kleinen Leute kümmert	72	73	74	65
die SPD wieder etwas für die mittle-ren Schichtender Gesellschaft tut	72	73	73	65
CDU/CSU und SPD sich in wichtigen Fragen einigen und nicht immer gegeneinander kämpfen würden	69	71	69	61
die Parteien wieder klarer unterscheidbar würden	69	73	68	56
es zwischen den Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt und es auf jede Stimme ankommt	56	63	53	36
die CDU moderner und zukunfts-orientierter würde	54	58	53	42
die SPD wieder mehr ökonomische Kompetenz besitzt	51	52	50	42
die SPD die Gesellschaft wieder wie zu Zeiten von Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder modernisieren und erneuern will	51	52	50	42
ich einen Kandidaten ganz besonders sympathisch fände	41	46	41	30
die SPD sich endgültig von der Schröderschen Politik verabschiedet	39	39	42	28
die beiden großen Parteien CDU und SPD sich wieder klarer und stärker von den Grünen abgrenzen würden	34	35	33	28
die beiden großen Parteien CDU und SPD mehr Ziele und Vorstellungen von den Grünen übernehmen würden	33	35	34	28
wenn auch mit der Linkspartei Bündnisse geschlossen würden	29	28	32	25
die CDU wieder mehr für christliche und konservative Werte stehen würde	27	27	25	23
eine Partei in den Umfragen so weit hinten liegt, dass man Mitleid mit ihr bekommt	5	5	5	5

Bündelt man auch diese 16 Aussagen mit Hilfe einer Faktorenanalyse, dann ergeben sich sechs Dimensionen mit Möglichkeiten zur Erhöhung der Wahlbereitschaft.

Diese sechs Dimensionen stellen eine Mischung dar aus Maßnahmen, die einerseits die generelle Unzufriedenheit mit und die vorhandene Distanz zur Politik reduzieren können, andererseits aber die Qualität der personellen und programmatischen Angebote der Parteien betreffen.

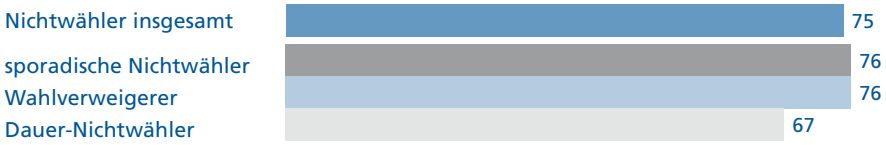
Zur Reduktion der Distanz zur Politik gehört die Dimension „Kümmern und Konsens", die von drei Viertel aller Nichtwähler (und auch von zwei Drittel aller Dauer-Nichtwähler) als wirkungsvolles Maßnahmenbündel gewertet wird. Gemeint ist damit alles, was den Wahlbürgern wieder das Gefühl gibt, dass ihre Sorgen, Ängste und Nöte von den politischen Akteuren wahrgenommen werden. Dazu gehört auch, dass zu großer Dissenz und die zu „laute" Artikulation von Konflikten in der Politik eher zugunsten konsensorientierter Lösungsansätze (zumindest zwischen den beiden Volksparteien SPD und Union) reduziert wird.

Auf den ersten Blick steht dazu eine andere Dimension in Widerspruch, nämlich die der „Profilstärke". Doch gemeint ist damit nicht ein konfliktorientiertes Verhalten der Parteien zueinander, sondern die Schärfung der Konturen der Parteien, die derzeit oft dazu neigen, sich einem vermeintlichen Zeitgeist anzupassen (wie z. B. das Beispiel der abrupten Kehrtwende in der Energiepolitik zeigt), anstatt eine ihrer wichtigen Aufgaben wahrzunehmen, Meinungen bei den Wahlbürgern zu prägen und für bestimmte, für richtig erkannte Positionen um Unterstützung zu werben. In diesem Sinn halten zwei Drittel der Nichtwähler (und auch über die Hälfte der Dauer-Nichtwähler) eine Profilierung der Parteien für sinnvoll, um die Wahlbereitschaft zu erhöhen.

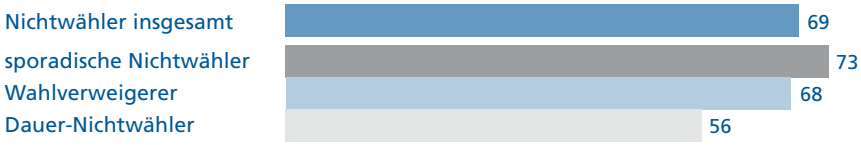
Inhaltliche, die Angebote der Parteien betreffende Dimensionen, sind z. B. die Aspekte „Innovation" (hier wird die Erwartung artikuliert, dass die Parteien wieder mehr Kompetenz zur stetigen Erneuerung und Modernisierung von Staat und Gesellschaft erlangen) oder die stärkere Akzentuierung der Politik in Richtung soziale Gerechtigkeit („linke Politik") oder zur Betonung der Kern-Kompetenzen von Union und SPD (vor allem auch in Abgrenzung zur „grünen" Bewegung).

Motive der Nichtwähler

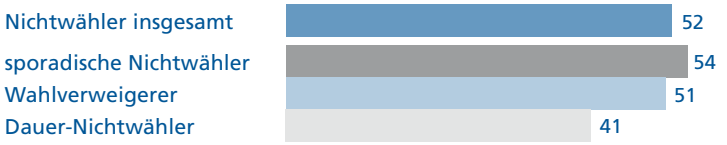
„Kümmern“ und Konsens



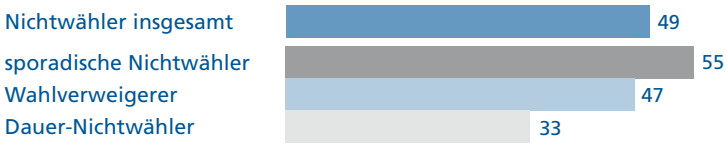
Partei-Profile schärfen



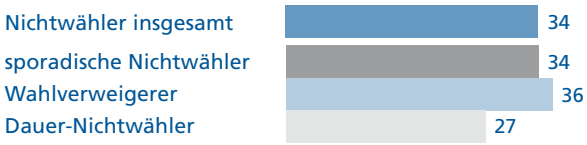
„Innovation“ (Modernisierung; mehr ökonomische Kompetenz)



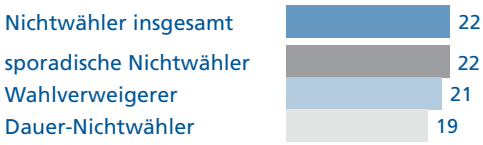
Taktisches Wahlverhalten



„Linkere“ Politik



Kern-Werte betonen (Abgrenzung zu den Grünen)



12. Zusammenfassung und Fazit

1. Wahlenthaltung ist ein Problem

Dass die Wahlbeteiligung in Deutschland in der Tendenz seit Jahren sinkt, hat dazu geführt, dass Regierungen von einem immer kleineren Teil der Bevölkerung gewählt werden. Auf allen staatlichen Ebenen stellt sich damit analog zur Wahlbeteiligung die Frage der Legitimation der jeweiligen Wahlentscheidung. Diese abnehmende Repräsentation der Bevölkerung in einer Wahlentscheidung kann trotz der aktuell hohen Zustimmung zur Idee der Demokratie dazu führen, dass der demokratische Prozess insgesamt in Frage gestellt wird. Dass abnehmende Wahlbeteiligung in etablierten Demokratien jedoch kein Naturgesetz ist, zeigt der Blick auf Europäische Nachbarstaaten wie beispielsweise Dänemark und Schweden.

2. Nichtwähler stammen überproportional aus nicht-privilegierten Schichten

Die vorliegende Nichtwählerstudie bestätigt vorliegende Hinweise und Vermutungen, dass eher die unterprivilegierten Wählerschichten zur Wahlenthaltung tendieren als die Wähler/innen aus mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft. Bedenkt man zusätzlich, dass Bürger mit hoher Bildung, gesichertem Einkommen und beruflichen Netzwerken ohnehin bessere Möglichkeiten zur eigenen Interessenvertretung haben, verschärft die sozial unterschiedliche Wahlbeteiligung die Schieflage in der politischen Repräsentanz weiter. Eine niedrige Wahlbeteiligung führt somit auch zu mehr sozialer Ungerechtigkeit.

Da die Politik den aufgrund dieser Disparität erforderlichen Interessensausgleich oft nicht mehr in ausreichendem Maße vornimmt, fühlen sich die unterprivi-

legierten Bevölkerungsschichten zu Recht benachteiligt. Die daraus resultierenden Gefühle der Entfremdung und Ohnmacht führen in Deutschland bisher noch nicht zu einem radikalen Wahlverhalten, wohl aber zu immer größerer Wahlabstinenz.

3. Dauer-Nichtwahl führt zu Demokratiedistanz

Die Gruppe der Nichtwähler, die über den gesamten Untersuchungszeitraum nicht gewählt hat, zeigt signifikant höhere Unzufriedenheit mit der Politik und stellt auch die Demokratie an sich deutlich stärker in Frage als andere Nichtwähler. Eine dauerhafte Wahlenthaltung hängt also mit einer generellen Unzufriedenheit mit dem politischen System zusammen.

Diesen „Teufelskreis" gilt es zu durchbrechen, wenn die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland nicht gefährdet werden soll. Empfehlungen wie die der Konrad-Adenauer-Stiftung, sich nicht um die wachsende Zahl von Nichtwählern zu kümmern, da das wahlarithmetisch wenig Nutzen brächte, sind deshalb abwegig. Um die Stabilität des politischen Systems in Deutschland wieder zu stärken und zu sichern, müsste deshalb die Unzufriedenheit der Nichtwähler reduziert und nicht ignoriert werden.

4. Die meisten Nichtwähler sehen sich als „Wähler im Wartestand"

Die Studie bestätigt auch Befunde der früheren, in der Wissenschaft leider zu wenig beachteten Studie von infas aus dem Jahr 1970 (bei der aus den Wählerverzeichnissen der Bundestagswahl 1969, der Kommunalwahl 1969 und der Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen rekrutierte Nichtwähler befragt wurden), nach der es nur eine kleine Gruppe von Dauer-Nichtwählern gibt und die meisten Nichtwähler als „sporadische Nichtwähler" anzusehen sind, die sich selbst auch nicht als Nichtwähler, sondern eher als „Wähler im Wartestand" fühlen.

5. Nichtwähler sind durchaus politisch interessiert und informiert

In der aktuellen Studie zeigt sich dies u.a. darin, dass alle Gruppen der Nichtwähler (die sporadischen Nichtwähler, die Wahlverweigerer – die schon an mehreren Wahlen nicht teilgenommen haben – und die Dauer-Nichtwähler – die sich an allen vier letzten Bundestagswahlen nicht beteiligt haben) durchaus noch Interesse am Geschehen vor Ort, im Land, in Deutschland und in der Welt haben und keinesfalls völlig apathisch oder uninteressiert sind. Dieses trotz Wahlapathie noch vorhandene Interesse betrifft auch das engere politische Geschehen.

So informieren sich alle Gruppen der Nichtwähler – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – über das politische Geschehen. Sie geben in der Befragung an, die Angebote der Parteien wahrzunehmen und die Aktivitäten der Mandatsträger auf den einzelnen Politikebenen zu beobachten sowie die Wahlkampfaktivitäten der Parteien zu rezipieren.

6. Nichtwähler haben überwiegend politische Gründe zur Wahlenthaltung

Die Befunde der vorliegenden Studie widerlegen eindeutig auch die in Teilen der akademischen Wahlforschung vertretene These, dass Nichtwähler eher aus einem Gefühl der Zufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen heraus nicht zur Wahl gingen. Das Gegenteil zeigt sich: Die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie viele politische Akteure heute Politik betreiben, ist das Hauptmotiv der Nichtwähler, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen. Persönliche oder formale Gründe, wie die Änderung des Wahlrechts, die Entfernung zum Wahllokal oder eine private Urlaubsreise spielen demgegenüber eine nicht so bedeutsame Rolle für die Wahlenthaltung.

Das erkennbar hohe Maß an politischer Unzufriedenheit, das sie befragten Nichtwähler zeigen, muss sicherlich beachtet werden. Es zeigt sich einerseits ein Kommunikationsdefizit zwischen Politiker/innen und Bürger/innen. Andererseits wird man die Unzufriedenheit nicht nur mit kommunikativ-strategischen Faktoren erklären können, sondern sollte auch die Sphäre der konkreten politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung hinterfragen. Gleichwohl soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Kritik an Politikern und Parteien seit einiger Zeit auch zum Mainstream in Medien- und Gesellschaftsdiskursen geworden ist.

7. Nichtwähler wünschen sich eine kümmernde Politik

Entsprechend den überwiegend politischen Gründen für die Nichtwahl nennen die befragten Nichtwähler auch politische Forderungen, die sie wieder zur Wahl motivieren könnten. An erster Stelle steht dabei der Wunsch, dass Politiker und Parteien „wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen" haben sollten und man sich politisch „mehr um die kleinen Leute kümmert". Eng damit verbunden wird die Forderung, dass die Parteien unnötigen Streit vermeiden sollten und sich im Konsens der Lösung wichtiger Probleme widmen. Zur Forderung des Kümmerns passen die von den Nichtwählern genannten politischen Prioritäten gute Bildungspolitik, gutes Gesundheitssystem, sichere Altersvorsorge und Sicherung der Arbeitsplätze.

8. Mögliche Konsequenzen

In erster Linie müssten die politischen Entscheidungsträger sowie ihre Parteien die entstandene Distanz und Entfremdung zwischen Politik und Bürgern verringern. Sie sollten wieder stärker auf die Interessen der Mehrheit der Bürger Rücksicht nehmen und nicht die Interessen von Minderheiten oder Partikular-Gruppen in so starkem Maße, wie es heute oft der Fall ist, in politische Entscheidungen einfließen lassen. Die Parteien müssten allerdings auch ihr personelles und inhaltliches Angebot überprüfen und optimieren. So können Parteien durchaus ihre früher einmal vorhandene Bindekraft wieder erlangen.

Mit dazu beitragen, den Unmut der derzeitigen Nichtwähler zu reduzieren, könnten aber auch die verschiedenen Medien. Die Vermittlung von Politik durch die klassischen, aber auch die neuen Medien erfolgt häufig in einer Zuspitzung auf Personal- und Machtfragen. Konkrete politische Sachthemen geraten dabei bisweilen in den Hintergrund. So wird der Eindruck unterstützt, dass eher über die Interessen von Minoritäten als über die Lebenslagen der breiten Mehrheit der Bürger informiert wird. Hier könnten die Medien einen wirksamen Beitrag leisten, damit sich die Bürger stärker als heute auch in der Medienberichterstattung wiederfinden.

Auch die politischen Stiftungen in Deutschland können ihren Beitrag dazu leisten, um eine höhere Sensibilität und ein höheres Problembewusstsein im Hinblick auf zu schaffen. Zugleich können sie mit ihren Angeboten der politischen Bildung dazu beitragen, über das politische System und politische Prozesse zu informieren und Partizipation sowie Mitbestimmung einzuüben. Dabei kann es durchaus auch wichtig sein, eine generalisierende Politik(er)schelte kritisch zu hinterfragen und der Verächtlichmachung von Politik und ihren Protagonisten entgegen zu treten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung tut dies bereits mit einer Fülle von methodisch vielfältigen und zielgruppenspezifischen Projekten. Aber dennoch gilt es auch für die Herausgeber dieser Studie, immer wieder nach neuen Wegen der politischen Bildung für politisch distanzierte Bürger/innen zu suchen und den Dialog mit Nichtwählern zu führen.

Impressum

ISBN: 978-3-86498-530-0

Herausgegeben von
Dr. Dietmar Molthagen
für die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Forum Berlin / Politischer Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor
Prof. Manfred Güllner

Gestaltung
Meintrup, Grafik-Design

Druck
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 % Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

Copyright 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin